

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 26. November 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Die „Reform“ der Börse.

Mit dem Strick trieb einst der Stifter des Christentums die Geldwechsler und Wucherer aus dem Tempel zu Jerusalem. Die moderne bürgerliche Gesellschaft thut sich so viel darauf zu gute, daß sie sich zur christlichen Religion bekennet, aber die Wucherer und Geldwechsler haben bei ihr gute Tage. Sie können ungenirt ihren Tanz um das goldene Kalb aufführen und den Rahm abschöpfen von den Erträgen menschlicher Arbeit. Zu weilen treiben sie es gar zu toll und dann tritt ein Krach ein; das Geschrei von tausend Betrogenen steigt zum Himmel empor und der Philister leert seinen ganzen Vorrath von sittlicher Entrüstung aus über die Börse, den großen Tempel, den die bürgerliche Gesellschaft den „Wechslern und Wucherern“ errichtet hat. Es werden einige Anläufe gemacht, dem Treiben an der Börse mit der Gesetzgebung auf den Leib zu rücken; dann aber zeigen sich die biederen Vorkämpfer bürgerlicher Moral, daß man der Sache nicht gut bekommen kann, ohne die Wurzel des ganzen „Siftbaums“ zu legen, und so bleibt Alles hübsch beim Alten.

Die Spekulanten und Profitmacher der Börse haben in den letzten Wochen wieder hinreichend Material für die sittliche Entrüstung des Tugendphilisters geliefert. In Wien sind sie so weit gegangen, dem Kaiser von Oesterreich Worte in den Mund zu legen, die den Ausbruch eines Krieges mit Rußland für die allernächste Zeit in Aussicht stellten. Das ries natürlich an der Börse eine Panik hervor und es gab Szenen von jener Widerständigkeit, wie sie nur bei dem Börsenpöbel zu finden sind. Die Macher der Panik, unter denen sich politische Persönlichkeiten befanden, heimsten ihren Gewinn ein, bevor die Regierung dementiren konnte. So schamlos ist diese Bourgeoisie und so frech tritt sie alle väterländischen Interessen in den Roth, wenn es gilt, einen Gewinn einzuharfen. Und das Volk muß diesen Gewinn begahlen.

An die Wiener Vorgänge reihen sich würdig die bekannten Ereignisse in Berlin, die in einem Abgrund von schamhaftester Habgucht und gemeinsten Schwindels blicken lassen. Da ist denn bei den patentirten Vertretern der bürgerlichen Moral im Deutschen Reichstage die Tugendboldhaftigkeit erwacht und sie haben Anträge gestellt, um den Behörden mehr Gelegenheit zum Einschreiten gegen das Treiben an der Börse zu geben. Die Nationalliberalen namentlich wollen, daß die Veruntreuung von Depots künftig mit Zuchthaus bestraft werde.

Diese Anträge sind kaum einer Kritik werth, denn

im besten Falle würden sie den Schwindel an der Börse nur von der Oberfläche verdrängen.

Nun kommt aber auch die Regierung und will, wie es heißt, eine Reform der Börse in Angriff nehmen. Es wird eine Menge von Leuten geben, die sich davon sehr viel versprechen. Wir versprechen uns gar Nichts davon. Ein Regierungsvertreter, ein Minister, hat einmal die Börse als Giftbaum bezeichnet; wir akzeptiren den Ausdruck auch heute noch. Aber ist man denn inzwischen in den Regierungskreisen zu der Anschauung gekommen, der „Giftbaum“ könne so geschickt otulirt werden, daß auf demselben unschädliche oder gar nützliche Früchte wachsen?

Die moderne Form der Waarenzirkulation läßt eine Reihe von Personen Gewinn ziehen, die sich zwischen den Produzenten und den Konsumenten drängen; was sie sich aneignen, erscheint immer wieder im Waarenpreis und der Konsument hat in letzter Linie die ganze Beche zu zahlen. Die Arbeiter, welche die Hauptmasse der Konsumenten ausmachen, haben sonach an das Kapital nicht nur den Mehrwerth im Produktionsprozeß abzugeben, sondern auch die Kosten des Zirkulationsprozesses zum größten Theil zu tragen. Wenn sonach schon der ganze moderne Handel an sich eine unsolidere Grundlage hat, da die Uebervorteilung sein Hauptzweck ist, so wird dieser Umstand noch gesteigert durch die Preistreiberie an der Börse. Wenn an der Börse nur die Preise notirt würden, wie etwa auf einem Markte, wo der Zwischenhandel noch keine Orgien feiern kann, so würde dagegen Niemand etwas einwenden können; an der Börse aber werden Preise gemacht und zwar durch mehr oder weniger unsaubere Manöver. Die Spekulanten, die Macher der hausse und Baisse und der Paniken betragen sich gegenseitig, aber auf Kosten der Gesamtheit.

Was heißt sonach „Reform der Börse“? Sie wäre zu bewerkstelligen, wenn sich wieder Jemand fände, der alle die „Wechsler und Wucherer“ aus dem Tempel hinaus triebe, wie nach der Sage einst zu Jerusalem geschehen; dann aber müßte die Börse für immer zugesprochen werden. Das wäre die einzige Reform, die eine Wirkung hätte. Was soll die Unterscheidung zwischen „soliden“ und „unsoliden“ Börsengeschäften, wenn die ganze Grundlage eine „unsolide“ ist? Polizei und Staatsanwalt können hier nicht helfen. Wenn das Börsenspiel nicht mehr öffentlich sich in seinen Auswüchsen bewegen darf, so wird es heimlich betrieben werden wie das Hazardspiel.

Die Börse ganz abzuschaffen — soweit wird man in der bürgerlichen Gesellschaft nicht gehen. Käme doch da eine Menge von „Patrioten“, von Kapitalisten und anderen „Stützen der Gesellschaft“, ein sehr starker Prozentsatz der

oberen Zehntausend, um ihren Erwerb. Eine solche Reduktion der großen Armees der Couponsabschneider kann diese Gesellschaft nicht vertragen. Denn die Börsenmänner bilden in der That, so lange sie nicht in den Maschen des Strafgesetzes hängen bleiben, eines ihrer stärksten stützenden Elemente.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. November.

Es „kracht“ überall — an der Börse, auf dem Geldmarkt, in der Geschäftswelt und in der politischen Welt — namentlich auch in den Parteien. Aus Rußland, Spanien, Portugal und den südamerikanischen Republiken kommen Fiobsposten über Fiobsposten — der Bankrott ist da nicht mehr abzuwenden, höchstens noch hinauszuverschieben. Und welche Zustände herrschen an den Börsen von Berlin, Wien und Paris! Dazu kommt ein Geschäftszustand, wie er zu keiner Zeit schlimmer gewesen. In Berlin — und an anderen Orten ist es nicht besser — erinnert man sich keines so schlechten Weihnachtsgeschäfts. Das des vorigen Jahres, das bisher für das schlechteste gegolten hatte, sei „Gold“ gewesen — heißt es — verglichen mit dem Geschäft in der entsprechenden Zeit dieses Jahres. Und auf politischem Gebiet überall Unsicherheit, Mißbehagen, Beforgnisse, das Ahnen eines „großen Kladderadatsch“! Die alten Parteien ohne Ausnahme wissen sich nicht zu rathen und zu helfen. Sie stehen verduht vor den Fragen und Problemen der Gegenwart und überall kracht's in den Parteien — außer vor schon Alles verkracht ist, wie bei den Nationalliberalen: im „Thurm“ des Zentrums, der verschiedene Kassen die Risse von der Spitze bis zum Fundament aufzuweisen hat, — unter den Deutschfreisinnigen, denen eine „Esejession“ nach links bevorsteht — trotz Eugen Richters krampfhaften Anstrengungen, die Harmening'sche „Opposition“ zu ersticken — und die Konservativen sind so vollständig am Ende ihres Lateins, daß ihr Hauptorgan, die „Kreuzzeitung“, in ihrer Verzweiflung die Schaffung eines neuen Programms empfiehlt.

Nun, mit dem Programm-Schaffen geht's nicht so leicht, und Parteien, die keine das Licht der Öffentlichkeit vertragende Ziele haben, können sich den Luxus von Programmen — d. h. wirklichen, ernsthaften Programmen — nicht gestatten.

Das Komischste bei diesem tragikomischen Zerfallsprozeß der alten Parteien ist, daß sie, die alleammt entweder „krachen“ oder schon „verkracht“ sind, uns, der Sozialdemokratie — nach der bekannten Praxis unserer Gegner, wenn sie auf uns schimpfen, in den Spiegel zu sehen und uns ihre eigenen — Tugenden nachzureden — daß sie uns andichten, wir seien am Verkrachen. Nun — wir Sozialdemokraten können uns etliche „Spaltungen“ und auch ein „neues Programm“ wohl leisten, wir wollen aber

Feuilleton.

Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Meroz.

Er spricht dabei zu Allen einfach und überzeugend. Er führt ihn die Propaganda am Abend auf die Rednerbühnen des Klubs, von wo aus er Soldaten für den Aufstand kauft, dann ist sie noch fruchtbarer und noch erfolgreicher, und gleicht einem Klumpen glühenden Eisens, das heftigste Feuer von allen Seiten bearbeitet.

Dort wendet er sich an die Frau, an das junge Mädchen und an den Knaben von 15 bis 16 Jahren, oder an den Greis, den das Alter gebrochen hat. Und kehren sie dann in ihre Wohnung heim, so kennen sie sicher die Ursachen ihrer Noth. Sie dulden und sehen Rettung. Und wenn der Gatte, der Sohn oder Bruder verzwweifelt mit ihrem Magen heimkehren, nachdem sie den Tag über lange die Straßen der Stadt vergeblich durchlaufen haben, um Arbeit zu suchen, so sind sie eben so viele glühende und beredete Missionare der sozialistischen Lehren, als die sie in ihren Kreisen unermüdetlich arbeiten.

Unter diesem Druck faßt der Arbeiter wieder Muth für die blutigen Kämpfe und sieht hoffnungsvoll, wenn sie auf den Barrikaden beendet sein werden, eine bessere Zukunft vor sich, eine Zukunft der Gerechtigkeit, der Arbeit und des Wohlergehens.

Vor dem Laden der Rue Balande bespricht man eingehend die Artikel der Journale, die Debatten in dem Parlament und die Maßregeln der Regierung. Marche-Seul ist das Herz des düsteren Stadtviertels geworden — das, ein wahres Bild der Dante'schen Hölle mit seinen düsteren feuchten Straßen, in welche weder Luft noch Licht eindringen, tausende von menschlichen Wesen birgt, die dort ihren Verden erliegen.

Marche-Seul ist es, an den man sich wendet, und von dem man das Signal erwartet. Als dann zahlreiche fortgeschrittene Republikaner die Bataillone der Mobilgarde sahen, welche zum großen Theile aus blutjungen Leuten bestanden, die fast noch Knaben waren, da hatte er rundweg erklärt — es geschah zum großen Erschrecken der meisten seiner Anhänger — daß die Bourgeoisie die Kinder der Arbeiter rekrutire, um diese selbst niederschließen zu lassen, und so den un sich greifenden Sozialismus vernichten wolle.

Gollard seinerseits bereitete sich vor zur No. je an Marche-Seul, in dem er den Aufstifter jenes Angriffes vermutete, dessen Opfer er war, und zur Nacht an dem General, den er mit Freunden in Paris hatte anlangen sehen.

Der elende Polizeispion war von vorübergehenden Personen aufgefunden worden, welche sich seiner annahmen und ihn in seine Wohnung brachten, nachdem er wieder zu sich gekommen war.

Seine erste Sorge war die, sich darüber zu vergewissern, daß seine Banknoten und seine beiden Karten noch in seiner Brieftasche waren. Da er alles an seinem Plage fand, faßte er keinen bestimmten Verdacht. Seine Krankheit war lang und schmerzlich. Zu der schrecklichen Wunde, welche

er am rechten Auge erhalten hatte und welche ihm furchtbare Schmerzen verursachte, hatte sich eine bedenkliche Steifheit der Glieder gesellt; seine Beine und sein Rücken waren mit blauen, blutunterlaufenen Flecken bedeckt.

Mehr als einen Monat war er bettlägerig, während Mutter Jabouille ihn unter Wuth- und Hornesaussbrüchen pflegte.

Eudlich war er geheilt und konnte wieder ausgehen, aber er war durchaus unkennlich, abgemagert und schwach sahrt er wie ein Greis einher. Seine Gestalt, welche schon vorher ein gemeines Neuhire hatte, war nun abstoßend.

Er gilt bei der Polizei mehr als je, da er einer der geschicktesten, zähesten Agenten der Präfektur ist.

Von Neuem schmiedet er Komplotte mit Fran Deshommes, welche sich auch rächen und dem Gedanken, ihre Tochter wiederzusehen, unter keinen Umständen entsagen will.

Aber wie sollte sie ihr Ziel erreichen? Charlotte wird durch Marche-Seul sorgfältiger als jemals bewacht. Auch Robert Guidal, welcher sie jeden Tag kurze Zeit besucht, wacht über ihre Sicherheit. Parixette endlich schloß, nachdem sie begriffen, daß Paris in seinem revolutionären Fieber keine Zeit mehr hatte, Blumen zu kaufen, ihren Laden auf dem Place de Victoire und brachte die Tage bei ihrer Freundin zu. Marche-Seul hatte sie darum gebeten, Mich'el hatte keine Arbeit, aber er hatte das Glück, bei Mich'el Ferrand in die Lehre zu treten, der diesem lebhaften, munteren und intelligenten Burschen sehr gewogen war.

Während er sich in das neue Handwerk eines Mechanikers einarbeitete, wurde er von Madame Ferrand sehr gehätichelt, da sie ganz glücklich war, den Laden von seinen fröhlichen Gefängen widerhallen zu hören. Er allein war es, welcher Mich'el seinen traurigen Gedanken entziehen und

ehen, wer es uns nachmacht, und wer den Partei- und
sonstigen Generalfrach überlebt — qui vivra verra —
wer am Leben bleibt, wird's ja sehen. —

Die Uebersicht des Ernte-Ertrages, welche
der „Reichs-Anzeiger“ gestern veröffentlichte, giebt die
Ziffern für sämtliche deutsche Bundesstaaten. Unseren
gegründeten Bemerkungen haben wir hinzuzufügen, daß die
Ziffern des diesjährigen Ernte-Ergebnisses nur auf den
Oktoberschätzungen beruhen können, und daß diese Schätzungen
sich in der Regel als zu hoch herausstellen. Nach
der vorjährigen Oktoberschätzung belief sich das Gesamt-
ergebnis der Roggenernte auf 6 998 228,1 Tonnen, während
das definitiv festgestellte über eine Million Tonnen
weniger betrug, nämlich 5 867 930,7 Tonnen.
Es müssen also, um zu einer annähernd richtigen
Schätzung zu gelangen, die diesjährigen Oktoberschätzungen
nicht, wie wir es gestern gethan, mit
den endgültigen Ziffern der 1890er Ernte, sondern mit
den vorjährigen Oktoberschätzungen verglichen werden.
Und da gelangen wir zu einem wesentlich ungünstigeren
Ergebnis; obgleich der größere oder geringere Ausfall des
deutschen Ernte-Ergebnisses bei der Unsicherheit Deutsch-
lands, alles Brodtorn, dessen es bedarf, selbst zu erzeugen,
auf die Preisbildung nicht von ausschlaggebendem Einfluß
ist. Deutschland hängt unter allen Umständen
von dem Ausland ab, und eine Missernte in den Län-
dern, aus denen wir unsere notwendigen Getreidezufuhren zu
beziehen pflegen, muß, selbst im Fall einer guten deutschen
Ernte, die deutschen Getreidepreise in die Höhe treiben. In diesem
Jahre ist aber der Roggen gerade in dem Lande, aus
welchem wir unsere Zufuhr hauptsächlich beziehen, — in
Rußland — dermaßen misrathen, daß unser Bedarf an
Roggen überhaupt nicht gedeckt werden kann,
und wir genöthigt sind, zu dem an sich theueren Weizen zu
greifen. Wesentlich verschlimmert wird unsere Lage noch
durch den schlechten Ausfall der Kartoffelernte.

Kurz, wir haben Theuerungspreise; und folglich
„Nothstand“, durch die Kornzölle wird der Noth-
stand noch künstlich gesteigert — folglich — und
das ist und bleibt das osterum censeo — die
Kornzölle müssen abgeschafft werden.

Es ist um so notwendiger, daß das Volk auf dieser
Forderung besteht, als ein allgemeines Steigen
der Getreidepreise für den Winter und das nächste Früh-
jahr mit Sicherheit zu erwarten ist. Die ganz unbefangene,
durch Börsenmandover sicher nicht beeinflusste englische
Presse spricht sich einstimmig in diesem Sinne aus.

Erwähnt sei hier noch, daß nach der Uebersicht des
„Reichs-Anzeigers“ die Ermittlungen für Gesamt-
deutschland ungünstiger sind, als die für Preußen
allein. —

Die Börse kann ruhig sein, und ihre Geschäfte, ob
sogenannte reelle oder schwindelhafte, ungestört weiterreiben.
Der „Reichs-Anzeiger“ weiß keine höhere Weisheit, als daß
„vor allem darauf hingewirkt werden müsse, daß das Pri-
vatpublikum aufhöre, mit dem Gelde des Bankiers zu
spekuliren“. Hauptache sei, daß der Bankier
ein ehrlicher Mann ist. Da hat der „Reichs-
Anzeiger“ ja so Recht. Wären die Wolff, Sommerfeld,
Maß o quanti tutti, ehliche Leute gewesen, dann
hätte Niemand bei ihnen sein Geld verloren. Was
geschehen soll, sagt uns der „Reichs-Anzeiger“ nicht,
und weiß es gewiß selbst nicht. Da scheinen die offi-
ziösen „Politischen Nachrichten“ unterrichtet zu sein; von
ihnen erfahren wir, daß wir ein wirkliches „Nichts“ aber
mit höchst umfangreicher Umhüllung zu erwarten haben.
„Ohne gründliche Vorbereitung“, schreiben sie, könne nicht
die Klinte der Gesetzgebung ergriffen werden. Der sichere
Boden für ein gesetzgeberisches Vorgehen müsse erst geschaffen
und dazu müsse das erhebliche, thatsächliche und gutachtliche
Material beschafft, geordnet und gesichtet werden. Die
Aufstellung des Programms für die vorzunehmenden
Erhebungen dürste bereits in der Arbeit sein.
Für den Werth der mittelst der Enquete anzustellenden
Erhebungen werde aber, abgesehen von dem Pro-
gramm, vor allem auch die Methode und die mit
der Leitung betraute Person von entscheidender Be-
deutung sein. Diese Fragen werden Gegenstand erster
Erörterungen sein und namentlich die Personenfrage in der
Richtung der Wahl einer, mit den gesammten wirtschaft-

lichen, insbesondere den Börsenverhältnissen durchaus ver-
trauten Persönlichkeit für die Leitung der Angelegenheit ein-
gehend erwoogen werden.

Das Alles kostet selbstverständlich Zeit; in diesem Jahr-
hundert werden alle diese Vorfragen nicht mehr erledigt
werden, aber bei Jemandem, der „Nichts“ thun will und
doch „Etwas“ zu thun scheinen möchte, heißt: Zeit gewonnen,
Alles gewonnen! —

Finis Poloniae! hätte Herr Viehl, der Jünger-
händler, gestern andrufen können, wenn er das Wort
Kosciusko's gekannt und das Bewußtsein seiner Lage gehabt
hätte. Das Lächerliche tödtet zwar nicht, nicht einmal in
Frankreich, aber es schlägt eine todte Sache dreimal todt
— denn für politische Menschen und Dinge genügt leider
der einfache Tod nicht — und verhindert die künst-
liche, galvanische Wiederbelebung.

Herr Viehl ist todt und seine Sache ist todt. Mit Ausnahme
von Herrn Viehl selber, dessen Hauptschädel mit dreifachem Erz-
umpanzert ist, so daß solche unangenehme Wahrheiten nicht
eindringen können, hat das Jedermann im Reichstage be-
griffen; und da der unglückliche Herrgotts-Bergolder nicht
in der Lage war, das Wort auszusprechen, sprach sein
Kollege Mehner das Finis Poloniae.

Ja, es ist zu Ende. Und die geschlagenen Jünger
sind schlimmer dran als weiland die Polen. Denn diese
waren in Ehren erlegen und sie haben die Hoffnung, daß
den Finis Poloniae die Ausforschung folgen wird. Die
Jünger aber haben sich nicht um Lorbeeren bedeckt, und
für sie giebt es keine Auferstehung. —

Die Gewährung freier Krankenpflege wird zwar
von der Regierung und den Bourgeoisparteiern hartnäckig
abgelehnt, dagegen aber will man von Staatswegen die
Kosten der Tausen und Trauungen übernehmen.
Der preussische Landtag wird sich bei seinem Zusammentritt
mit einem der evangelischen Generalsynode bereits mit-
getheilten Kirchengesetz, betreffend die Aufhebung der Stol-
gebühren, zu beschäftigen haben. Da ein großer Theil der
Bevölkerung die Tausen und Trauungen für überflüssig
hält und auf sie gern verzichtet, zumal wenn sie noch Kosten
verursachen, und diese Befürchtung schon manche Kirchen-
gemeinden veranlaßt hat, die Stolgebühren aufzuheben, die
evangelische Kirche aber einen schlimmen Stand hätte, wenn
sie auf die Beiträge der Gläubigen angewiesen wäre, so soll
der Staat ihr zu Hilfe kommen, indem er sie für den
Fortfall der Tauf- und Trauungsgebühren entschädigt. Zu
diesem Zwecke soll der evangelischen Landeskirche der neun
älteren Provinzen staatslicherseits eine jährliche Rente von
1 250 000 Mark bewilligt werden. Die Gewährung ärzt-
licher Behandlung und Heilmittel ist ein allgemeines
Bedürfnis, zu dessen Befriedigung die Gesamtheit
verpflichtet wäre; hier scheut man die Thätigkeit des
Staates und überläßt sie der freien Konkurrenz; bei der
sogenannten „Seelsorge“, die nur im Bedürfnis eines
Theils der Bevölkerung liegt, da läßt man die Gesamtheit
eintreten und die Kosten für sie tragen. —

„Es bietet immer einen erfreulichen Anblick,
wahrzunehmen, wenn ein Stand als solcher bestrebt ist, sein
Ansehen zu heben und seine Lage zu bessern“, schreibt die
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Sie denkt freilich nicht
dabei an den Buchdruckerstreik oder den Versuch
einer anderen Arbeiterklasse, ihr Ansehen zu heben und ihre
Lage zu bessern. Das würde dem früheren Bismarckblatte
als freudhafte Begehrlichkeit erscheinen. Das Blatt spricht
von dem Verlangen des höheren Lehrstandes auf Ränge-
erhöhung und materielle Ausbesserung. Was aber für den
höheren Lehrstand recht ist, das würde der Norddeutschen
Allgemeinen für den niederen, den Volksschullehrerstand,
und geschweige noch für den Arbeiter nichts weniger als
billig erscheinen. Der doppelte Maßstab ist das Wesentliche
des Klassenkampfes: zweierlei Gerechtigkeit, zweierlei Moral,
je nachdem es sich um die herrschende oder die unterdrückte
Klasse handelt. —

Die Verehrung des heiligen Rockes ist als ein
Gebrauch der katholischen Kirche anzusehen, auch wenn die
Echtheit nicht allgemein anerkannt werde, hat das Reichs-
gericht erkannt und wenn Jemand gegen Gebräuche der
katholischen Kirche die Aussprüche Luther's zitiren wollte,
droht ihm von Rechtswegen das Gefängnis. Es ist die Ironie
der Geschichte, daß von oben herab die Kirche als das Heil-
mittel der sozialen Schäden, als Schutz gegen den „Un-

glauben“ und die revolutionären Ideen angerufen wird,
und daß dabei zwei gleichberechtigte Kirchen bestehen, die
sich gegenseitig als Antichrist und Keger ansehen müssen.
Beide Kirchen genießen gegen die Ungläubigen das
Privileg des § 160 des Strafgesetzbuchs, das ihnen jedoch
im Kampf gegen einander zu einem lästigen Privileg
wird. —

Der Erzbischof von Aig, Gouthe-Soulard, stand
am Dienstag vor den Schranken des Pariser Strafgerichtes.
Die französische Regierung hatte den Bischöfen unter-
sagt die zu Gunsten der päpstlichen Herrschaft und zur
Demonstration gegen die italienische Regierung veranstalteten
Pilgerzüge zu geleiten. Der Erzbischof von Aig schickte
deshalb an den Kultusminister einen Brief voll beleidigen-
der Ausdrücke. Wegen dieser wurde dem Erzbischof der
Prozeß gemacht, und das Gericht verurtheilte ihn zu
3000 Franks Strafe und den Kosten des Verfahrens. Die
Verurtheilung des Urtheils wurde mit Beifall von dem
Publikum aufgenommen, das in Hochrufen auf die
Republik ausbrach. Wie das „Wolffsche Telegraphen-
Bureau“ aus Paris meldet, wird die Verurtheilung
von sämtlichen heutigen Morgenblättern besprochen. Die
opportunistischen finden dieselbe gerecht und mäßig, die
Hauptache sei, daß die Staatsgewalt den Beweis geliefert
habe, sie vermag sich auch den Kirchenfürsten gegenüber
Weltung zu verschaffen, und daß denselben zum Bewußtsein
gebracht worden sei, daß sie nicht über den bürgerlichen Ge-
setzen stehen. Die radikalen Blätter entnehmen dem Ge-
setze die Lehre, daß die Trennung von Kirche und Staat
unabweislich geworden sei. Von den monarchistischen
Blättern wird selbstverständlich der Erzbischof gepriesen und
als Märtyrer beklammert. Das bonapartistische „Eco-
dalblatt“, der „Figaro“, eröffnet sogar eine Subscription zur
Aufbringung der Geldstrafe und der Prozeßkosten. — Das
Vorgehen der Regierung wird zur Festigung der Republik
dienen, wenn nur die Regierung selbst nicht auf halben
Wege stehen bleibt, sondern den Muth hat, die staatlichen
Institutionen von der Kirche zu trennen. —

Zum Streik der französischen Grubenarbeiter
wird uns aus Paris unterm 28. d. M. geschrieben: „Das
sich keine Regierung und am allerwenigsten die Regierung
einer Republik — und das ist ein nicht zu unterschätzender
Vorteil für die Arbeiterschaft — dem Druck der öffent-
lichen Meinung entziehen kann und ihr folgen muß, wenn
sie nicht weggesetzt werden will, dafür liefert das Verhalten
der gegenwärtigen Regierung in Bezug auf den Bergarbeiter-
streik ein lehrreiches Beispiel. Zuerst wollte sie überhaupt
nichts von einer Intervention wissen und nur die „Freiheit
der Arbeit“ sichern, d. h. die Streikbrecher zu Gunsten der
Grubengesellschaften schützen; in der Kammer Sitzung vom
vorigen Donnerstag wehrte sie sich noch gegen ein Schieds-
gericht, ernannte aber gleich darauf drei Staatsräthe und
zwei Ingenieure zu Schiedsrichtern, die den Streik schlichten
sollten, und heute? Heute braucht man nur den „Temps“
zur Hand zu nehmen, und man erfährt gleich, daß die
Regierung auch in der Frage des Schiedsgerichtes, nachdem
sich die gestrige Delegirten-Konferenz der Bergarbeiter gegen
die Regierungs-Schiedsrichter ausgesprochen hat, dem Druck
der öffentlichen Meinung nachzugeben bereit ist. In einem
der Unser Delegirten-Konferenz behandelnden Artikel des
genannten offiziellen Organs heißt es nämlich: „Die Haupt-
sache ist, daß die streikenden Arbeiter des Bas de Calais
das Schiedsgericht angenommen haben. . . Wir müssen
hinzufügen, daß der gestern seitens der Bergarbeiter in dem
gefaßte Beschluß und sehr korrekt erscheint. Ohne sich mit
dem zu beschäftigen, was die Regierung thun könnte,
haben sie beschlossen, ihre Vertreter zu ernennen und die
Grubengesellschaften einzuladen, eine gleiche Anzahl zu
bezeichnen. Die beiden in Streit befindlichen Parteien wer-
den zuerst unter sich die sie brennenden Punkte diskutieren.
Und da sind zwei Fälle möglich: entweder werden sie sich
in dieser Konferenz direkt einig und dann würde der Kon-
flikt ohne Intervention der Regierung geschlichtet sein —
was wohl die beste Lösung wäre —, oder sie würden sich
nicht über alle Punkte verständigen können und dann wür-
den sie im Einklange miteinander an einen Dritten
appelliren, der nicht notwendigerweise die
Regierung sein müßte, aber es sein könnte, um
den Ausschlag zu geben und den Streit zu endigen.“
Der That erfährt man, daß die Regierung bereits einen

seinen Lippen, welche sich krampfhaft zusammenpressten, so-
bald er an Charlotte dachte, ein schmerzliches Lächeln ent-
locken konnte.

Robert Guibal bekleidete die bevorzugte Stelle eines
Ordnonanzofficiers bei dem neuen Kriegsminister. In Er-
wartung der Zeit, wo er seinem Versprechen gemäß den
Abschied nehmen sollte, that er gewissenhaft seinen Dienst.
Aber er konnte seinen Chef, den er in Afrika anbetete, und
dem er durchaus ergeben war, nicht wieder.

Das war nicht mehr der republikanische General, der
sich früher mit ihm auf lange, vertrauliche Unterhaltungen
einließ.

Dieser Mann war jetzt Politiker und Staatsmann und
hatte mit den Intriguen zu rechnen, welche im Parlamente
gezettelt wurden.

Wenn er höhere Offiziere empfing, so geschah es, um
sie zu seinen Kreaturen zu machen; besonders aber zeichnete
er durch sein Wohlwollen und seine Freundschaft die ein-
flussreichen Deputirten aus, deren Unterstützung er suchte.

Alles das betäubte Robert, der sich über seinen Dienst
erst tröstete, wenn er beendet war. Dann konnte er seine
Uniform ablegen, die militärischen Sorgen hinter sich lassen
und diejenige aufsuchen, welche ihm die bescheidene Wohnung
in der Straße St. Julien le Pauvre so behaglich zu machen
verstand. Dort verlebte er nach vielen traurigen Stunden
solche des reinen Glückes.

Am 15. Mai brach die Reaktion über Paris gewaltsam
herein.

Die National-Verammlung konstatierte mit Schrecken,
daß in den National-Verstätten, welche man eingerichtet
hatte um für die Vertheilung der bürgerlichen Interessen
eine Armee zu schaffen, die aus mehr als 117 000 Bürgern
bestand, diese Armee sich in ebenso viel Revolutionäre ver-
wandelt hatte, welche nur die Gelegenheit abwarteten, mit
dem Volke der Vorstädte gemeinsame Sache zu machen, das
sich bereits zum Kampfe rüstet.

Es galt diese Armee sofort aufzulösen.

Am 25. Mai stellte ein Dekret, wie es ein Cäsar nur
zu erlassen gewagt hätte, den Arbeitern, welche im Alter
von 17—25 Jahren standen, die Wahl frei, sofort in die

Armee einzutreten, oder die Arbeit in den Werkstätten auf-
zugeben.

Es wurde nicht mehr auf Stunden, sondern auf Akkord
gearbeitet. Die herrschende Bourgeoisie ging weiter. Um
zu zeigen, daß sie ihre Anhänger rechtlich schützen wolle,
bestimmte sie, daß die Arbeiterbrigaden der Werkstätten sich
zur Verfügung von Arbeitgebern, welche ihre Dienste bean-
spruchten, stellen sollten, und zwar für einen Lohn von
10 Franken für die Woche.

Man sprach davon, daß man die Arbeiter in Transport-
schiffen in die Provinz schicken wolle. Das hieß den Ar-
beitern sagen, daß sie entweder Arbeitsklaven oder Kanonen-
futter waren.

So handelte man an dem Volke, dem man seine volle
Selbständigkeit versprochen hatte, und welches man für
heldenmüthig erklärte, als in den Februar Tagen hunderte
von Leichen auf den Barrakaden lagen. Einige weiter
blickende intelligente Bürger begriffen die ganze Gefahr
dieser ungeschickten und grausamen Maßregel. Sie wollten
einen Mittelweg einschlagen, auf den man ohne gefährliche
Nachwirkungen die Entleerung der National-Verstätten vor-
nehmen könnten. Aber die Regierung und die National-
versammlung wollten davon Nichts wissen. Diese Glenden
wändigten eine Schlacht.

Das Proletariat war ihrer Ansicht nach zu mächtig, es
hatte zu viel Blut in den Adern, man mußte ihm also
einen tüchtigen Abreiß verordnen, um seine Hitze und
seinen revolutionären Enthusiasmus zu beruhigen. Ge-
wissensbisse! Ah! Solche besitzen die Herrschenden und die
besitzende Klasse nicht.

Dem Anscheine nach Voltairianer haben die Nachkommen
derer, welche aus der Revolution von 1789 allein Nutzen
zogen, seit langer Zeit den jesuitischen Grundsatze
angenommen: Der Zweck heiligt das Mittel. Und wenn
eine Gefahr droht, dann treten diejenigen, welche immer
von dem G. horjam gegen das Gesch. sprechen, die Geschlich-
keit mit Füßen.

Herr Emile Thomas hatte die Kühnheit gehabt, gegen
das schmachvolle Dekret zu sprechen, von dem wir eben
sprachen. Man hob ihn auf und schickte ihn nach Bourdeau.

Seitdem die Bastille dem Erdboden gleichgemacht worden
und seitdem die Haftbefehle abgeschafft worden waren, hatte
man Keckliches nicht erlebt.

Die Kommission schlug vor, eine Anleihe von 200 Mil-
lionen zu dem Zwecke zu machen, die Genossenschaften der
Arbeiter zu begünstigen und Alles anzubieten, um die
Krisis zu mildern, welche den Handel und die Industrie
lahm legte.

Vergeblich! Die National-Verammlung ging nicht
darauf ein, sondern sagte den lächerlichen Entschluß, es
solle ein Kredit von drei Millionen bewilligt und es sollten
die Nationalwerkstätten unverzüglich aufgelöst werden.

Eine gemeine Presse wüthete alle Tage gegen den Ar-
beiter. Die Verleumdungen regneten von allen Seiten, man
beschimpfte diejenigen, welche man Helden genannt und
welche, als sie Arbeit und Brot forderten, nichts anderes
als „Diebe“, Verbrecher und Heuchler waren.

— Das wird Euch lehren, sagte Marche-Soul kalt, mit
ironischem Lächeln, vor die Hotels dieser jüdischen Diebe,
welche sich Nothschilde nennen, Schildwachen zu stellen, statt
sie anzuhängen; es wird Euch lehren, die Börsenspieler zu
achten, statt sie niederzutrittens, denn — fügte er hinzu,
man wäre sicher, nicht einen einzigen anständigen Mann
zu tödten, indem man auf gut Glück mitten in den Häusern
hineinschießt.

Die Junifonne strahlte von dem blauen Himmel herab,
das Wetter war wunderbar schön. Während die goldenen
Nebrun die Felder bedeckten, wuchsen Glend und Verzweiflung
in Paris.

Seit der Revolution war niemals das Recht zu öffent-
lichen Manifestationen aus Furcht oder im Gefühl der
Ohnmacht bestritten worden. Seit dem 15. Mai war das
anders.

Die National-Verammlung und die Kommission hatten
Eile, mit den Reuteren ein Ende zu machen, wie man
dies in jener Zeit nannte, und wollte keine Gelegenheit zur
Provokation vorübergehen lassen.

Sie brachten ein Blutbad und wollten die Erbitterung
des Volkes um jeden Preis erhöhen.
(Fortsetzung folgt.)

amten noch Douai entsendet hat, um namens der Regierung auf die Grubengesellschaften dahin zu wirken, daß dieselben ebenfalls fünf Vertreter ernennen, die mit den geistern gewählten Arbeitervertretern eine schiedsrichterliche Kommission zu bilden hätten. So ist denn, dank des Druckes der öffentlichen Meinung, die sich im Großen und Ganzen schon infolge der immensen Steigerung der Kohlenpreise gegen die Grubengesellschaften ausgesprochen hat, alle Hoffnung vorhanden, ja mehr als wahrscheinlich, daß der Streit zu Gunsten der Bergarbeiter entschieden werden wird. Einstweilen hat ihnen der Pariser Municipalrath in seiner heutigen Sitzung eine Unterstützung von 10 000 Franken votirt. Die anderen sozial-republikanischen Municipien Frankreichs dürften, wenn der Streit nicht in Kürze zu Ende geht, was jedoch, wie aus Obigem ersichtlich, wahrscheinlich ist, diesem Beispiele bald nachfolgen.

Der englische Minister-Präsident, Lord Salisbury, hielt — einem Telegramm zufolge — gestern Abend in einer von 5000 Personen besuchten Versammlung im Stadthause zu Birmingham eine Rede, worin er erklärte, die Regierung begünstige die Vermehrung der Zahl der kleinen ländlichen Besitztümer selbst auf Kosten des Staates. Eine Umwidmung der Kammer der Lords würde die Gefahr einer Revolution nach sich ziehen. Die Wachtstellung Englands hänge lediglich von seinen auswärtigen Besitzungen ab; Irland aufzugeben wäre ein Zeichen der Schwäche, welches die Kolonien zum Abfall ermuntern würde.

Herr Salisbury scheint sich sehr fest im Sattel zu fühlen, daß er so unverblümt reaktionär spricht. Die Bildung eines Standes von „kleinen ländlichen Besitzern“ ist in England ein noch größerer Unsinn, als es in Deutschland wäre, weil dort der Großgrundbesitz ausschließlich herrscht, so daß die Kleingrundbesitzer das Bischen Staatshilfe sehr bald verpalvert haben werden. Was das Haus der Lords anbelangt, so ist und bleibt es ein Anachronismus, der eines schönen Tags verschwinden wird, ob Lord Salisbury es will oder nicht. Die irische Frage wird sicherlich gelöst werden, und sicherlich nicht so, wie Lord Salisbury es will. Und die „auswärtigen Besitzungen“ Englands werden ebenso wenig, wie weiland die britischen Kolonien in Amerika, erst um Erlaubniß fragen, wenn sie Lust bekommen, sich vom Mutterland zu trennen.

Nach einem weiteren Telegramm fand die Versammlung anlässlich des jährlichen Delegirtenkongresses der konservativen Vereine Englands statt, und wurde auf diesem Parteitag ein Antrag zu Gunsten des Stimmrechts selbständiger Frauen angenommen. Ferner wurde die Aufstellung konservativer Arbeiterkandidaten für die nächste Parlamentswahl, die wohl im Anfang des nächsten Jahres stattfinden dürfte, beschlossen. Der „konservative Arbeiter“ und „konservative Arbeiterkandidaten“ sind beiläufig ein alter Schwindel — und nicht bloß ein englischer.

Die neue Revolution in Brasilien — wenn man die Vereitelung eines Versuchs, die Revolution zu eskamotieren (zu beseitigen), eine Revolution nennen kann — ist in der That unblutig verlaufen. Ein Kampf hat gar nicht stattgefunden und im ganzen Land herrscht, wie mitgeteilt wird, großer Jubel über den Verlauf der Dinge. Ueber China zieht sich ein Ungewitter zusammen. Nach geflüstert verbreiteten Telegrammen ist die aufständische Bewegung fortwährend im Wachsen und werden die Angriffe des erregten Volkes auf Europäer immer heftiger. Die chinesische Regierung will zwar Jeden, der an einem Fremden sich vergreift, tödlich lassen, allein — für das internationale Gewand, das in die chinesischen Gewässer beordert worden ist, muß es doch etwas zu thun geben, und es hat ganz den Anschein, als sollten die neuen Gesetze an den Chinesen probirt werden.

Die mannhafte Haltung der deutschen Christlicher und Buchdrucker bringt die Gegner der Arbeitersache ganz aus dem Häuschen. Da sie mit ethischen Mitteln nichts ausrichten können, versuchen sie es mit Lügen und Verleumdungen, den einzigen „geistigen Waffen“, über welche sie verfügen. Um die Streitenden stutzig und müde zu machen, wird in der gesamten Kapitalistenpresse behauptet, der „Vorwärts“ habe den Streit der Buchdrucker für „verfehlt“ erklärt. Der „Vorwärts“ hat nicht anders erklärt und konnte es auch nicht thun, weil er die feste Ueberzeugung hat, daß die gerechte Sache der Buchdrucker liegen wird. Dieselben Zeitungen fahren mit ungeschwächtem Eifer fort, die Lüge des „Leipziger Tageblatts“ zu kolportieren, Liebknecht habe im sächsischen Landtag den Streit für eine „Dummheit“ erklärt. Natürlich hat das genannte Blatt seine Lüge nicht widerrufen — und sucht sich dadurch herauszuschwindeln, daß es sagt, Liebknecht habe ja erklärt, es wäre eine Dummheit gewesen, wenn die sozialdemokratische Partei den Streit „veranlaßt“ hätte — und das laufe auf das Gleiche hinaus. Bei dem notorischen Geistesdefekt des „Leipziger Tageblatts“ kann eine solche Denkleistung nicht sonderlich auffallen, daß aber auch andere, sich für anständig und klug haltende Zeitungen, mit gleicher Allogalität und Blumpheit die Äußerungen Liebknechts zu falschen versuchen, beweist, daß die Herren „Prinzipale“, deren Organe die betreffenden Blätter sind, sich vollständig am Ende ihres Lateins befinden.

Charakteristisch ist auch folgende Notiz der „Freisinnigen Zeitung“:

„Hr. Liebknecht erklärt in dem „Vorwärts“ es für eine Lüge, daß er im sächsischen Landtag den Buchdruckerstreit für eine Dummheit erklärt habe. Er habe persönlich von diesem wie von anderen Streiks abgerathen, aber der Buchdruckerstreit sei ein durchaus berechtigter. — Diesen Widerspruch verstehen wir nicht. Wenn man etwas für berechtigt hält, kann man doch nicht davon abrathen.“

Herr Eugen Richter ist wirklich schwer von Begriffen. Ein Streit, namentlich in jetziger Zeit, ist eine so ernste Sache, daß jeder gewissenhafte Mann, so lange die leiseste Hoffnung auf ehrenvolle Beilegung vorhanden ist, abzurathen muß. Das haben wir im „Vorwärts“ gethan, das hat Liebknecht privatim gethan — nun aber der Streit durch die Herrschsucht und Begehrlichkeit der Herren Prinzipale den Buchdruckern aufgezungen worden ist, stehen wir — gleich Liebknecht, und gleich jedem Klassenbewußten Arbeiter in ganz Deutschland — für die Buchdruckerfrage ein, deren Berechtigung für uns niemals zweifelhaft war.

Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß das „Leipziger Tageblatt“ in seiner gestrigen Nummer ankündigt, die sächsische Kammermajorität werde mit dem sozialdemokra-

tischen Antrag bezüglich der Beschäftigung von aktiven Soldaten in der Teubner'schen Buchdruckerei zu Dresden, „kurzen Prozeß machen“ — wie auch mit den übrigen sozialdemokratischen Anträgen. Nun — ein „Prozeß“ wird in der sächsischen Kammer allerdings „gemacht“ werden. Doch es ist nicht die Majorität, die ihn der sozialdemokratischen Fraktion, sondern es ist diese Fraktion, welche ihn der Majorität machen wird. Und dieser Prozeß dürfte auch nicht sehr kurz ausfallen.

Parlamentarisches.

Mittheilungen aus dem Reichstage. Die Kommission über den Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung des Sklavenhandels in den Schutzgebieten hielt gestern ihre erste Sitzung. Nach den Verhandlungen im Plenum schien es, als werde die Beratung rasch von Statten gehen, und diesen Verlauf nahm auch Anfangs die Kommissions-Verhandlung; aber allmählich wurde dieselbe sehr lebhaft, nachdem von dem Abg. Webel Bedenken angeregt waren, ob der Gesetzentwurf überhaupt durchführbar sei, weil er sich einseitig im Widerspruch befinde mit den Ausführungen des Regierungskommissars im Plenum, andererseits es unendlich sei, einen für europäische Verhältnisse passenden Strafvollstreckungs-Apparat nach Afrika zu importieren. An der Debatte betheiligten sich die Abg. Prinz v. Ahrmberg, Webel, Gröber, Hornik, Margnath, Kinteln, Wichow, Schröder und der Regierungskommissar Kayser, und diese förderte eine solche Menge von Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung und Tragweite des Entwurfs zu Tage, daß schließlich einstimmig beschlossen wurde, die Regierung zu ersuchen, die bezügliche Gesetzgebung der anderen Länder der Kommission mitzutheilen, bis dahin aber die Beratungen zu verlagern.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Zur Beachtung!

Einem Antrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Folge leistend, habe ich behufs Neu-Ausgabe die Bearbeitung und Umgestaltung der bekannten revolutionären Gedichtsammlung „Vorwärts“ übernommen. Ich richte an diejenigen deutschen und außerdeutschen Sozialisten oder literarischen Kollegen, welche fähig sind oder geneigt sind, mich durch Mittheilung passender Originale oder Uebersetzungen internationaler Proletariatsdichtungen zu unterstützen, die ergebene Bitte, die bezüglichen Einsendungen an meine untenstehende Adresse gelangen zu lassen.

Karl Wendell,

Gottingen-Zürich, Minervastr. 1, III.

Die sozialistische Presse, insbesondere die ausländische, ersuche ich um Abdruck obiger Zeilen.

Die Rastenburger Reichstags-Wahl oder wie konservativere Wähler gemacht werden. In diesem Thema schreibt man uns: Wer das Resultat der Nachwahl in diesem Wahlkreise verfolgt hat, mag vielleicht überrascht sein über den Verlust der 200 Stimmen, den unsere Partei hier zu verzeichnen hatte. Dieser Niedergang wird jedoch vollumfänglich erklärt, wenn man die ungeheuren Wahlbeeinflussungen und die Kampfesweise der Gegner in Betracht zieht. Bei der Landbevölkerung fanden unsere Parteigenossen vielfach die größte Sympathie, aber die Leute konnten ihre Stimmen nicht für uns abgeben, weil der Druck, der auf ihnen lastete, sie daran verhinderte. Von Versammlungen konnte unserseits nur eine und zwar in Bartenstein stattfinden, welche auch glänzend verlief; dort haben wir auch unsere Stimmenzahl behauptet.

Eine zweite Versammlung sollte am Tage vor der Wahl, den 17. in Rastenburg stattfinden; der Wirth des betr. Lokals war auch damit einverstanden und so erfolgte denn am 16. November die Anmeldung. Der Amtsvorsteher hatte aber ein neues Mittel erfunden, welches geeignet ist, fast alle sozialdemokratischen Versammlungen unmöglich zu machen; er schickte dem Einberufer die Anmeldung mit folgendem Ulaß zurück:

„Essentielle Vollversammlungen lasse ich nur bei Tage abhalten und zwar von 8 Uhr früh bis spätestens 4 Uhr Nachmittags. Außerdem verlange ich 8 Tage vorher die Anmeldung, widrigenfalls die Versammlung nicht genehmigt wird. Die Versammlung darf daher vor dem 19. November cr. nicht stattfinden. Zeit ist mir noch ungenügend anzugeben.“

Der Amtsvorsteher.

(Amtsstempel.)
Die Vorbereitung der Stimmzettel und Flugblätter ging da, wo sie überhaupt möglich war, nur unter den allergrößten Schwierigkeiten vor sich. In der Stadt Rastenburg, wo drei Genossen die Verteilung besorgen sollten, forderte ein Gendarm in Worten, die sich nicht wiedergeben lassen, vor den Augen unserer Leute die Besitzer der Flugblätter auf, dieselben zu zerschneiden. Unsere Genossen erjachten darauf den Gendarm, mit dem Bürgermeister zu kommen, was dieser ablehnte. Als indessen unsere Leute die Flugblätter nun weiter verbreiten wollten, forderte der Gendarm sie selbst auf mit dem Bürgermeister zu kommen; der Bürgermeister Sobowski machte aber kurzen Prozeß: nachdem ihm die Flugblätter und Stimmzettel vorgelegt worden, verbot er die Verbreitung auf Grund von § 67 der Gewerbeordnung. Jeder Protest seitens unserer Genossen, sowie jeder Hinweis auf das Wahlgesetz, war erfolglos. Der Bürgermeister erklärte vielmehr, unsere Genossen sofort verhaften zu lassen, falls sie noch ein Blatt verbreiten würden. Aus diesem Grunde zogen unsere Genossen es vor, nach Gerdauen zu wandern, wo sie sofort vom Gendarm empfangen wurden. Sie gingen jedoch an die Verbreitung, bis sie schließlich der Bürgermeister auf offener Straße damit einzuschüchtern glaubte, daß er ihnen entgegen rief: „Wenn Sie mir die Stadt aufzuerstochen machen, werde ich anders mit Ihnen verfahren, denn Sie hegen die ganze Stadt auf.“

In Schippenbeil verbot der Polizeikommissar Krause unseren Leuten, sowie den Freisinnigen die Verbreitung von Stimmzetteln vor dem Wahllokale; ferner wurde ein Genosse, welcher der Auszahlung abends beiwohnen wollte, aus dem Lokal gemiesen, weil er im Bezirke nicht Wähler sei. Kerger noch erging es unseren Genossen in der Stadt Domnau. Am Sonntag, den 14. November, Nachmittags, trafen zwei Mann von uns dort ein und gingen des kurzen Tages wegen, ohne Mittag gegessen zu haben, sofort ans Werk. Sie hatten noch nicht viel Häuser belegt, als ein Gendarm ihnen die Legitimationspapiere abverlangte. Zur weiteren Verbreitung kam es nun nicht mehr, denn als die Parteigenossen weitergehen wollten, kam ein Stadtpolizist, der ihnen den Gewerbeschein abverlangte; auf den Befehl, daß sie hierzu keines Gewerbescheins bedürften, wurden sie verhaftet und mußten 20 Stunden lang, bis zum andern Morgen gegen 11 Uhr, ohne Speise in einer übel duftenden Zelle verbringen. Der Bürgermeister erklärte ihnen, daß ihnen der Prozeß gemacht werde, weil sie ohne seine Erlaubniß und während des Gottesdienstes vertrieben hätten. Alles Protestiren nützte nichts, sie mußten sich verpflichten, sofort die Stadt zu verlassen, widrigenfalls sie in Untersuchungshaft genommen werden würden, die 14 Tage dauern könne. Am Wahltage wurden zwei andere Genossen hingeschickt, um vor dem Wahllokale Stimmzettel zu verteilen. Der Eine von Beiden war

zwei Mal in das Wahllokale gegangen, das eine Mal um festzustellen, daß das Bureau nicht genügend besetzt war, das andere Mal, um der Auszahlung beiwohnen. Ihm wurde nun von allen Seiten entgegengehalten: Was haben Sie hier zu suchen? Machen Sie, daß Sie hinaus kommen. Er ging hinaus, um kurz darauf verhaftet zu werden. Der Bürgermeister beschuldigte ihn nämlich, ins Wahllokale gegangen zu sein, ohne ein Recht dazu gehabt zu haben, welches nur den Domauern zustehet. Der Parteigenosse mußte bis zum andern Morgen in Haft bleiben und wurde nur unter der Bedingung frei gelassen, daß er sich verpflichtete, die Haft als Strafe anzusehen, widrigenfalls er weiter in Untersuchungshaft verbleiben würde, da er als Unverheirateter fluchtverdächtig wäre und somit länger in Haft behalten werden könne. Dringende Arbeitsverhältnisse zwangen den Genossen diese Freilassung anzunehmen. Am nächsten Tag war es in Rastenburg, fünf Mann wurden dorthin geschickt, von denen zwei nach Drenburg gehen sollten. Der eine wurde, nachdem kaum mit der Verbreitung begonnen war, verhaftet und nach der Hauptwache gebracht, wo man ihm zusehends 50 Stimmzettel und Flugblätter abnahm und ihn aufforderte, die Stadt zu verlassen. Am andern Tage wurden die anderen drei, als sie vom Lande zurückkamen, auch verhaftet und nach der Polizeihauptwache gebracht, wo man ihnen sämtliche Stimmzettel und Flugblätter wegnahm; trotz des Protestes wurde nichts zurückgegeben, sondern man traktirte die Genossen auch noch mit ungebührlichen Redensarten. Alle drei wurden von den Polizisten zur Wache gebracht, der Polizist forderte die Willkür, und fort mußten sie nach Königsberg. Die Stadt war gereizt und eine große Aufregung gegen die bösen Sozialdemokraten hervorgerufen. Am Abend vor der Wahl kam Reichstags-Abgeordneter Schulze mit noch einem Genossen nach Rastenburg. Raum waren beide eine Stunde da, als sie von zwei Polizisten ohne jeden Grund nach der Stadtwache gebracht wurden. Nach 1 1/2 Stunden kam der Bürgermeister. Schulze legte ihm nun u. A. die Frage vor, wie es mit den drei Mann stehe, die er (Schulze) herübergeschickt und die man ganz einfach mit Polizeigewalt hinausgebracht hätte. Davon erklärte der Bürgermeister nichts zu wissen. Schulze fragte ihn weiter, ob er am andern Tage unseren Leuten Schwierigkeiten in den Weg legen würde, da eine größere Anzahl Genossen eintreffen würden und er, Schulze, von diesen die Stadt werde belegen lassen. Der Bürgermeister erwiderte, daß er nicht die Blätter vorgelegt werden; darauf aufmerksam gemacht, daß dies nicht möglich sei, erklärte er: „daß er Jeden aufgreifen lassen werde, der Blätter verbreite“; er verweigerte aber die Annahme eines ihm sofort vorgelegten Flugblattes mit dem Vermerken, man solle es ihm morgen vorlegen, und wick jeder weiteren Frage aus. Beide Genossen begaben sich nun, gefolgt von einer großen Menschenmenge, nach dem Telegraphenamte, um an den Minister zu telegraphiren. Am andern Morgen wurden noch zwei Genossen verhaftet und nach der Hauptwache gebracht; weitere Verhaftungen kamen nicht mehr vor. Dafür betrogen sich einige Polizisten gegen unsere Genossen in einer Weise, die den schärfsten Tadel verdient. Ferner ist noch mitzutheilen, daß am Wahltage ein Polizist eigenhändig ein Plakat anschlag, in welchem es hieß: „Wer treu zu Kaiser und Reich hält, der wählt heute den Grafen von Stolberg-Jouß Dönhofsstadt.“ Mehrere Leuten wurden von Polizisten die Stimmzettel aufgemacht resp. solche gegeben. Große Schwierigkeiten hatten unsere Genossen mit den Legitimationspapieren: Militärpapiere, Steuerzettel, Besätigung als Gemeindegewerbetreibender, sowie Reichstags-Mitgliedskarte — nichts genügte zur Legitimation. In der Stadt Barten vertrieben zwei Genossen Stimmzettel und Flugblätter, ein Nachwähler und ein Polizei-Nachwähler, beide in Zivil, gingen von Haus zu Haus, die Blätter wieder abholend, bis schließlich der Bürgermeister kam, und nicht etwa den Beamten jenes Thuns verbot, sondern zu unseren Genossen sagte, wenn sie noch weiter diese Blätter verbreiteten, würden sie eingesperrt! Alles Protestiren war ohne Erfolg, sie mußten mit aufs Bureau, wo einem Nachwähler der Befehl gegeben wurde, beide hinaus bis an den Kreuzweg zu bringen. Man gestattete ihnen nur noch Mittag zu essen, um 11/2 Uhr mußten sie hinaus, um ein paar Stunden später auf Gut Dönhofsstadt wieder verhaftet zu werden und sich vom Amtsvorsteher verbieten zu lassen fünf namhafte gemachte Güter zu belegen. Sie schüttelten darauf den Staub von ihren Füßen und tröleten von dannen. Aber siehe da — ein Gendarm kam mit einem Herrn nachgezogen, lud die Genossen ein, auf dem Wagen Platz zu nehmen, und zurück mußten sie wieder und zwar nach dem Wirthshaus zu Paris, wo sie wegen ihnen angeklagter Gotteslächerung, Beschimpfung der Kirche u. verantworten sollten. Die Beschuldigung erwies sich als grundlos und da sich der Amtsvorsteher weigerte die angeklagten Missethäter einzusperren, so konnten sie endlich von dannen gehen.

So sieht eine „freie Wahl“ in Ostpreußen aus! Nun, im Reichstag wird die Angelegenheit gebührende Würdigung finden.

Justimmungserklärungen zu den Parteitagbeschlüssen: Göpping (Sachsen-Altenburg), Leipzig, Westbezirk, Braudweba, Bunsau.

Soziale Ueberfahrt.

Die Nürnberg Schloffer und Maschinenbauer beschlossen in einer Versammlung, energisch für die Errichtung eines städtischen Arbeitsekretariats zu agitiren. Denselben sollen folgende Aufgaben zufallen: Rechtschutz und Beistand in allen gewerblichen Streitigkeiten, in Krankenkassen, Unfallversicherungs- und Altersversorgung-Angelegenheiten; Beaufsichtigung der Ausführung der in der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Arbeiter-Schutzvorschriften in den Fabriken und Werkstätten; statistische Aufnahmen über Betriebsunfälle und Krankheiten, Lohn-, Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse. Zugleich könnte mit einer solchen Zentralstelle der Arbeitsnachweis und die Ausbezahlung der Reis-Unterstützung verbunden werden.

Paris. In einer dieser Tage stattgehabten Versammlung der „Liga gegen die Gefängnisarbeit“ wurde über die Schädigung, welche durch letztere der freien Arbeit zugefügt wird, folgendes berichtet: In Rennes waren von 13 000 Butterkörben, die im August dieses Jahres dort in den Handel kamen, 12 700 in den Gefängnissen bereitet, wodurch vier Fünftel der sonst in diesem Gewerbe beschäftigten Arbeiter brotlos geworden sind. Aus demselben Grunde feiern 400 Korbmacher in Brauchse und mehrere Tausend in der Drome, dem Herault, Gard, Var, den Seelapen und Rhonemündungen. In Saint-Etienne waren über 500 Arbeiter mit Herstellung eiserner Bettstellen und Möbel beschäftigt; jetzt zählt die größte dortige Fabrik nur noch 50, weil im Gefängnis Glatron die gleichen Arbeiten um 50 bis 75 Pct. billiger gemacht werden. Ähnlich verhält es sich mit den 85 Gewerben, deren Vertreter die Liga bilden: Knopf-, Mägen-, Hemden-, Schachtel-, Stuhl-, Schuhmacherei, Klempnerei, Pantoffel-, Gitter-, Korb-, Wägen-, Wägen-, Strohddecken- und Korsettmacherei, Tapetenarbeit, Tischlerei, Papierarbeit, Baumwollweberei u. Die Liga verlangt Abschaffung aller gewerblichen Arbeit in Gefängnissen und als Uebergang, daß die Arbeit der Gefangenen ebenso bezahlt werden müsse, wie diejenige der freien Arbeiter; man solle die Gefangenen nicht zu ihrer Ausbeutung, sondern im Hinblick auf ihre Besserung und Zukunft beschäftigen.

Theater.

Donnerstag, 26. November.
Opernhaus. Cavalleria rusticana. (Bauern-Gere.) Vorher: Die Regimentstochter.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Deutsches Theater. Torquato Tasso.
Berliner Theater. Esther. — Der Geizige.
Leistung-Theater. Die Großstadt-Luft.
Residenz-Theater. Dr. Jojo.
Wallner-Theater. Nur drei Worte. — Immer zerstreut!
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Polnische Wirtshaft.
Thomas-Theater. Der Kunst-Bajazzo.
Ostend-Theater. Borsaner.
Volkalliance-Theater. Jung-Deutschland zur See.
Adolph Ernst-Theater. Der große Prophet.
Alexanderplatz-Theater. Schwarze Brüder.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebäude Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Honkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Raufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der

Reichshallen PAQUERETTE.

Boxende Hunde.
 Cee Mee. u. f. w. u. f. w.

Gratweil'sche Bierhallen.

Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der

Hamburger Gaudebrüder

Konzert- und Kuppelfänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittagstisch à la Duval. 3 Regalbahnen 6 Billards, 2 Sals. 1169L.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
 Spezialität: Theater I. Ranges.
 Anf.: Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
 Sonntags 6 1/2 " 75 "

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Musikant von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Passage-Panopticum
 und
Theater Variété
 I. Ranges
 50 Pfennig.

Prinzess Pauline,
 die lebende Puppe in
Castan's Panopticum
 ohne
Extra-Entree.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Präuscher's anatomisches MUSEUM

Kommandantenstr. 30-31.
 tägl. von früh 9 u. Ab. 10
Biel Neues für erwachs. Herren.
 Dienstag u. Freitag: Damentag.
 Entree 50 Pf., Militär 25 Pf. (1421L)

Achtung!

Arbeiter-Gejang. „Nord“
 Freitag, den 27. Nov., Abds. 9 Uhr,
 bei **Kuhmoy,** Schönhauser Allee 28:
 Erscheinen aller Mitglieder dringend
 nötig.
 Der Vorstand.

Bereinszimmer bis 50 Pf. zu verg.
 Plick, Simeonstr. 23.

Circus Renz.

Karlstraße.

Donnerstag, den 26. November,
 Abends 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland“,
 oder: Ebbs und Fluth. Große hydrol.
 Anstaltungs-Pantomime in 2 Akte,
 mit National-Tänzen, Künzgen u. f. w.
 Dampf-schiff- u. Bootfahrten, Wasser-
 fallen, Riesen-Pontainen mit allerlei
 Lichteffekten u. f. w., arrangirt und
 inszenirt von Direktor E. Renz. Kunst-
 schwimmerinnen 3 Geschw. Johnson.
 Schlusstableau: Grand Pontain Lumineuse.
 6 Trakener Rapphengste, zu-
 dress, u. vorgef. v. Herrn Franz Renz.
 Kandelaber, ger. v. Herrn Ernst Renz
 (Gale). Jeu de barre, ger. v. 3 Damen.
 Eine Vergnügungsfahrt m. Hindernissen,
 orig. höchst komische Szene v. d. Elton-
 Truppe. Sisters Lawrence a. A. Trapez.
 Auftreten der vorzüglichsten Reitschülerinnen
 u. Reitschüler zc. Komische
 Entrees.

Täglich: „Auf Helgoland“.
 Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm.
 4 Uhr: Auf vielseitiges Verlangen:
 „Die lustigen Heidelberger“.
 Abds. 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland“.
 E. Renz, Direktor.

Stempel u. Gra-
Stempeln. Stempel u. Gra-
 Stempeln, vierung, empf. d.
 Genossen G. Kloist, Waldemarstr. 48.

Größtes Lager Berlin's
Kinderwagen. Andreasstr. 23. v.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Harl-Platz, Ecke Karlstr.

Donnerstag, den 26. November,
 Abends 7 1/2 Uhr: **Grosse Elite-**
Vorstellung. Aus dem reichhalt.
 Programm sind befond. hervorzuheben:
 Die dreifache Spring-Fahrschule, dress.
 u. ger. v. Herrn Ernst Schumann. Eine
 Walspurgisnacht auf dem Bloßberg,
 grosses Teufels-Ballet von 20 Damen,
 4 Herren. Mr. Job Hodgini als engl.
 Jockey. Baro fixe, Stadt, Red, Gehr.
 Stellung. Postillon, Trapezier Rapp-
 hengst, in allen Gängen der hohen
 Schule ger. v. Fr. Adole Schumann.
 Die Abfahrt v. Corps de ballet-Ball
 mit der Gewäch-Drosche Nr. 1001. (Ur-
 komisch.) Barriere-Reiterin Miss Adole
 Hodgini. 3 Etagen-Karoussel, dargef.
 mit 25 Pferden v. Herrn Max Schumann.
 Miss Edith Adams in ihren vorgel.
 Leistungen a. ungef. Pferde. 2 Athleten
 zu Pferde, Mr. Job Hodgini u. Victor
 Bodini. U. f. w. J. Schluss der Vorstell.:
 Circus unter Wasser.

Eine ländliche Hochzeit.
 Große höchst komische Original-Wasser-
 Pantomime mit sensationellen Licht- u.
 Wasser-Effekten. Groharteriger Wasser-
 fall, Riesen-Pontaine zc. zc.
 Freitag, den 27. Nov.: Gr. Klown-
 u. Komiker-Vorstellung. Circus unter
 Wasser.
 Sonntag 2 Vorstellungen. 8 1/2 Uhr
 (1 Kind frei) und 7 1/2 Uhr. In beiden
 Vorstellungen: Circus unter Wasser.



Kathreiner's Senepp-Malz-Kaffee

(Malz mit Kaffeegegeschmack),
 bester und billigster Ersatz für
 Bohnen-Kaffee; vortheilhaftester
 Zusatz zum Bohnenkaffee.
 Nierstärker, empfohlen für Kinder, Blut-
 arme, Bleichsüchtige und Nervenleidende.

General-Vertreter: F. Bulle, Kronenstraße 12/13.

Im Café de l'Europe,

Spittelmarkt, Leipzigerstraßen-Ecke, wird bis auf Weiteres neben
 dem bisherigen reinen Bohnenkaffee
Malzkaffee und Bohnenkaffee
 halb und halb gemischt
 in besonderen Tassen
nur von Morgens 9 bis 1 Uhr
 verabreicht werden. 894M

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstraße 2.

Der Neue Welt-Kalender für das Schaltjahr 1892.

Mit einem Farbendruckbilde „Auf dem Markte“ und einem
 Wandkalender auf Karton.
 Reich illustriert. Preis 50 Pf.
 Inhalts-Übersicht:

Kalendarium. — Post- und Telegraphenwesen. — Deutscher
 Wechselkessel. — Auszug aus dem Invaliditäts- und Altersver-
 sicherungsgesetz. — Rückblick auf die Zeit vom 1. Mai 1890 bis
 15. Mai 1891. — Die Volkshaltung vom 1. Dezember 1890. —
 Verzeichniß der Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres.
 (Gedicht). — Pilatus. Erzählung von Franz Wichmann. Mit
 Illustrationen. — Schiffsbrüche. (Gedicht). Mit Illustration. —
 Die Erde als Morgen- und Abendstern des Mars. Mit Ab-
 bildung. — Statistisches aus der Landwirtschaft. Von Max
 Schippel. — Großvater's Geburtstag. (Gedicht). Mit Illustration.
 — Unschuldig verurtheilt. Dichtung von Wilh. Dohm. Mit
 Illustrationen. — Die Bergarbeiter sinkt und steht. Von Karl
 Kautsk. — Im Namen des Gesetzes! (Gedicht). Mit Illustration.
 — Antje. Eine Helgoländer Geschichte. Von Klara Reichner.
 Mit Illustrationen. — Moritz Rittinghausen. Mit Porträt. —
 César de Paeyse. Mit Porträt. — Der Tuberkelbazillus und
 das Koch'sche Heilmittel. Mit Abbildungen. — Heimkehr aus
 Kamerun. (Gedicht). Mit Illustration. — Fliegende Blätter.
 (Humoristisches). Die Schwafmaschine. Humoreske von M. Regel.
 Mit Illustrationen. — Aufösungen der Räthsel aus 1891. — Räthsel
 und Charaden.

Wir empfehlen den vorliegenden 16. Jahrgang des
 „Neuen Welt-Kalender“ jedem Parteigenossen zur An-
 schaffung und zur weitesten Verbreitung in indifferenter
 Kreise. Derselbe ist ein vorzügliches Agitationsmittel
 und steht durch seinen gewählten Inhalt weit über der
 gesammten sonstigen Kalender-Literatur.
 Wiederverkäufern, sowie für Partiebezug,
 hoher Rabatt.

Gewandte Herren

Können sich tägl. Verdienst v. 5-8 M.
 als Requisiteure für die bekannte
 Arbeiter- und Kinder-Vers. „Friedrich
 Wilhelm“ verschaffen. Meldungen an
 d. Gen.-Agentur Königgrätzerstr. 117, 1.

Alle Stiefel

für Herren, Damen und
 Kinder reell und billig
 Stallstraße 6. 201b

Roh-Tabak

sämmtlicher
 Sorten.
 Größte Auswahl, billigste Preise.
 G. Elkhuysen, Alte Schönhauserstr. 5.

Große öffentliche Volks-Versammlung

am Freitag, den 27. d. M., Abds. 8 1/2 Uhr,
 im Saale des Herrn Nieff, Weber-Strasse Nr. 17.

Tages-Ordnung:
 1. Die wirtschaftliche Lage der Textilbranche. Referent Reichstags-
 Abgeordneter Harm. 2. Diskussion. 3. Mahregelung und Arbeitseinstellung
 der Firma Heibisch, Kaiserstraße 41. — Endesunterzeichnetes ladet sämtliche
 Kollegen der Teppichbranche dazu ergebenst ein.
 Das Komitee.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Berammlung

am Donnerstag, den 26. November, Abends 8 1/2 Uhr, im
 Lokale „Königsbank“, Gr. Frankfurterstr. 117.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Das neue Krankenloffen-Gesetz“. Refer. Reichstags-
 Abgeordneter Fersfert. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht für das 3. Quartal.
 4. Wahl des 1. Vorsitzenden und des 2. Schriftführers. 5. Verschiedenes.
 Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen gebeten. —
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Diejenigen Genossen,
 welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, mögen dieselben
 in den bekannten Zahlstellen baldigst entrichten.

Parteigenossen des 4. Wahlkreises! Werdet Mitglieder
 des Wahlvereins!
 887/5 Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis

Freitag, den 27. Novbr., Abends 8 Uhr,
 in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 11-12.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Stadthagen über: „Der
 Giftbaum der Börse und Bordelle“. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung der
 Revisoren des Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes.
 Die Revisoren.

Friedrichshagen. Große öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 29. November ds. Js., Nachmittags 4 Uhr, im
 Saale des Herrn E. Schulze (Seeschlößchen).

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Nach der
 Versammlung Tanzkränzchen. Um rege Theilnahme wird gebittet.
 Der Vertrauensmann.

Fachverein der Tischler (Süd-Ost).

Donnerstag, den 26. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal
 „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75:

Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Koblenzer über: „Die französische Revolution“.
 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Bevollmächtigte.

Arbeiter-Gängerbund

Berlins und Umgegend.

Übungs-Stunde

am Sonntag, den 29. Novbr., Vorm. 9 1/2 Uhr,
 im „Feen-Palast“, Burg- und Wolfsgangstraßen-Ecke.
 Die Noten zu den Liedern „Hoch Ferdinand Lassall“ und „Volkshymne“
 sind mitzubringen. Die Vereine sind verpflichtet, vollständig zu er-
 scheinen. Bundes-Mitgliedskarte legitimirt.
 Der Vorstand.

Brauerei Friedrichshain. II. STIFTUNGSFEST des Arbeiter-Gesangvereins „Nord“

(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes),
 unter Leitung seines Dirigenten Herrn Malmone.
 Die Musik wird ausgeführt von der Freien Vereinigung
 der Zivil-Berufsmusiker unter Mitwirkung des Dirigenten
 Herrn G. Schonert.
 Auftreten verschiedener Spezialitäten, sowie des Zitherklubs „Gleichheit“.
 Das Komitee.

Schröder's Salon, Mantouffelfstr. 9.

Sonabend, den 28. November 1891:

1. Stiftungs-Fest

des Les- und Diskussionsklubs „Johannes Wedde“.
Grosser Ball, verbunden mit Gesang und komischen Vorträgen.
 Anfang 8 Uhr.
 Billets à 50 Pf. sind bei sämtlichen Mitgliedern und in den mit
 Plakaten belegten Handlungen zu haben. Freunde und Genossen sind hiezu
 freundlichst eingeladen. [402/15] Das Komitee.

Freunden und Genossen empfehle meine Rind- und Schweineschlächterei
 Markthalle Adersstraße, Stand 39. Um günstigen Zuspruch bittet
 Traugott Damerow.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein
Galanterie- und Spielwaaren-Geschäft,
 Billigste Einkaufsquelle für
 Händler und Hausfrau.
 1456L
 Roßstr. 26, Carl Pfister.

Ein Schankgeschäft mit voller Kon-
 zession, habe. i. Hause. a. Gen. Kran-
 keitshalter z. verl. Zu erf. Absatz-
 richt. 17 im Bierverlag. 209b

Kinderwagen, Puppenwagen,
 größtes Lager, billigste Preise Oranien-
 allrass 3 im Korbgeschäft L.

Rechtsbur. Fennstr. 59 (Wedding-Platz).
 Sämmtl. Prozeßsachen, Rath, billig. [207b]

Roggen-Schwarzbrot
 ca. 5 Pf. 60 Pf. Waldemarstr. 46.
 Neue Jakobstr. 26. Markthalle IX.
 Stand 231. 67b

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

126. Sitzung vom 25. November, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher.
Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung der Krankenversicherung, wird fortgesetzt bei § 21.

Nach § 21 können die Ortskrankenkassen eine Erhöhung und Erweiterung ihrer Leistungen beschließen; zu den zulässigen Erweiterungen gehört u. A., daß das Krankengeld schon vom ersten Tage ab und auch für die Sonn- und Festtage gezahlt werden kann. Die Regierungsvorlage wollte eine solche Erweiterung abhängig machen von der Zustimmung der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter; die Kommission hat nur die Bedingung angenommen, daß der Reservefonds den gesetzlich vorgeschriebenen Betrag erreicht haben muß.

Die Abgg. **Dise** und **Spahn** beantragen die Zustimmung der Vertreter der Arbeitgeber neben der Vorschrift bezüglich des Reservefonds einzufügen, während Abg. **Müller** die Vorlage wieder herzustellen will.

Abg. **Höfel** (Reichsp.) will nur in dem Falle, daß die Krankheit länger als 4 Wochen dauert, das Krankengeld für die drei ersten Tage und für die Sonn- und Festtage zahlen lassen.

Nach § 21 kann ferner die Leistung der Krankenkasse ausgeübt werden dahin, daß die Unterstützung statt 13 Wochen 52 Wochen lang gewährt wird, daß das Krankengeld und das Sterbegeld erhöht wird, daß die freie ärztliche Behandlung auch den Familiengliedern gewährt wird ohne oder mit Zahlung eines besonderen Beitrags.

Abg. **v. Strombeck** will genau feststellen, was unter Familienangehörigen zu verstehen ist, nämlich die Ehefrau und die nicht erwerbsfähigen Kinder.

Abg. **Höfel** empfiehlt seinen Antrag, um von den Kassen die vielen kleinen Krankheitsfälle fernzuhalten; in den ersten drei Tagen könne der Arzt nur schwer erkennen, ob eine Krankheit vorliegt oder nicht.

Abg. **Dise** hält den Antrag des Vorredners für bedenklich; wenn die Kassen solche Bedingungen aufstellen wollten, so sei das ihre Sache; man solle die Freiheit der Kassen in dieser Beziehung nicht beschränken.

Abg. **Müller** (natl.) hält es für notwendig, daß die Befreiung der dreitägigen Karenzzeit von der Zustimmung der Arbeitgeber abhängig gemacht wird, damit nicht die in der Mehrheit befindlichen Arbeiter ohne Weiteres einen dahingehenden Beschluß fassen, der erhebliche finanzielle Folgen hat. Wenn das Vorhandensein des Reservefonds in genügender Höhe verlangt wird, dann wird eine planmäßige Agitation zur Befreiung der Karenzzeit eintreten, sobald der Reservefonds angefüllt ist.

Staatssekretär **v. Bötticher**: Wenn die Bestimmung über den Reservefonds nicht angenommen wird, dann ist die Agitation in jedem Augenblicke möglich. Im Jahre 1889 haben sich nur 33 pCt. im Besitz eines genügenden Reservefonds befunden und die Zunahme ist eine so langsame, daß für die Agitation noch lange Zeit diese Schranke genügen würde.

Abg. **v. d. Schulenburg** (kons.) hält das Vorhandensein eines genügenden Reservefonds für nötig, wenn die Kassenleistungen über das Mindestmaß hinaus erweitert werden sollen.

Abg. **Dirich** (dir.) hält es für nicht zweckmäßig, die Entscheidung über die Aufhebung der Karenzzeit von dem Belieben der Arbeitgeber abhängig zu machen; dadurch würde der soziale Ansehensverlust und der Gegensatz zwischen Arbeitern und Arbeitgebern verschärft.

Beh. Oberregierungs-Rath **v. Wobbe** hält die Zustimmung der Arbeitgeber, deren Beiträge durch solche Maßregel erhöht werden könnten, für notwendig; eine solche Bestimmung befindet sich auch im § 31, nach welchem die Beiträge gegen den Widerspruch der Arbeitgeber nicht erhöht werden können.

Abg. **Dirich**: Gegen eine solche Befreiung der Arbeitgeber haben die Arbeiter wohl nichts einzuwenden, wohl aber dagegen, daß die Leistungen der Kasse nicht erhöht werden, trotzdem das Geld dazu vorhanden ist, weil die Arbeitgeber Widerspruch erheben. Das gibt Anlaß zum sozialen Unfrieden.

Abg. **Mollenhuth** (Soz.): Ich konstatiere, daß die Befreiung der Karenzzeit nicht allein von den Sozialdemokraten angefordert wird. Ich bin seit den sechziger Jahren Mitglied von Krankenkassen, aber nirgends war diese Karenzzeit vorhanden. Wo die Karenzzeit wegen finanzieller Ungünstigkeit der Kasse eingeführt werden soll, da wäre es doch besser, die Kassenverhältnisse durch Beitragserhöhung zu verbessern und so die Lasten auf Alle gleichmäßig zu verteilen, statt gerade die Kranken allein, also die wirtschaftlich Schwächsten, die durch die finanziellen Kassenverhältnisse entstanden Lasten tragen zu lassen. Wenn man die Karenzzeit beibehalten will, um Simulationen zu vermeiden, dann sollte man sie doch in solchen Fällen, wo keine Simulation vorliegen kann, z. B. bei einem gebrochenen Bein, aus schließen.

Abg. **v. Münch** will bei dieser Gelegenheit eine falsche Bescheinigung der „Freiwilligen Zeitung“ und der „Frankfurter Zeitung“ über seinen Antrag zu § 21a berichtigen, wird aber vom Präsidenten wegen Abschweifung vom Beratungsgegenstande zur Rede gerufen.

Der Antrag **Dise** - **Spahn** wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Theils der Nationalliberalen angenommen und mit dieser Aenderung der § 21 genehmigt.

Nach § 24, welcher von den Statuten handelt, liegt ein Antrag des Abg. **v. Strombeck** vor, wonach bei Errichtung einer neuen Kasse, in welche Mitglieder bestehender Ortskrankenkassen oder einer Gemeinde-Krankenversicherung übertreten müssen, der Vorstand der beteiligten Kassen und die Gemeinde-Krankenversicherung vorher gehört werden muß.

Abg. **Dirich** (dir.) hält die Anhörung der Gemeinde-Krankenversicherung für überflüssig; zu Gunsten der Gemeinde-Krankenversicherung sollte man die Bildung von Ortskrankenkassen nicht erschweren.

Abg. **v. Strombeck** läßt die auf die Gemeindeversicherung bezüglichen Worte aus seinem Antrag fort, worauf sich der Staatssekretär **v. Bötticher** mit dem Antrage einverstanden erklärt, der darauf mit § 24 angenommen wird.

Nach § 26, nach welchem die Rechte der Kassenmitglieder mit dem Zeitpunkte des Beitritts beginnen, bemerkt Abg. **Buhl**, daß die Leistungen der Kasse auch dahin ausgedehnt werden können, daß die Mitglieder in Rekonvaleszenten-Anstalten untergebracht werden können. Von Interessenten wird hervorgehoben, daß für diese Leistung der Kasse eine längere Karenzzeit eingeführt werden müßte. Redner behält sich einen Antrag für die dritte Lesung vor.

Nach § 26a soll den Kassenmitgliedern, welche auch anderweitig gegen Krankheit versichert sind, das Krankengeld soweit gekürzt werden, als es mit der anderweitigen Entschädigung zusammen den durchschnittlichen Tagelohn des Versicherten übersteigt.

Diese Vorschrift wollen die Sozialdemokraten streichen. Das Kassenstatut soll ferner (ebenso wie bei der Gemeinde-Krankenversicherung) bestimmen können, daß das Krankengeld entzogen werden kann bei selbstverschuldeter Krankheit. Auch diese Bestimmung wollen die Sozialdemokraten streichen, ebenso die Vorschrift, wonach die Ortskrankenkassen die Kranken auf bestimmte Ärzte und Apotheken etc. verweisen können.

Abg. **v. Strombeck** bemängelt, daß auch hier nur denjenigen Mitgliedern das Krankengeld entzogen werden kann, welche die Kassen durch Betrug geschädigt haben, während andere Schädigungen straflos bleiben.

Abg. **Dirich** spricht sich für die sozialdemokratischen Anträge aus, namentlich aber dagegen, daß den Kassenärzten ein Monopol eingeräumt wird, welches die Praxis der anderen Ärzte vermindert. Dadurch werde die Unzufriedenheit der ärztlichen Kreise hervorgerufen.

Auf Antrag des Abg. **v. Dziembowski-Pomian** wird die Diskussion über die Arztfrage, welche sich bei den Bestimmungen über die anderen Krankenkassen-Arten wiederholt und im § 33a ihren Abschluß findet, aufgeschoben bis zum § 35a.

Die Debatte über den übrigen § 26a wird fortgesetzt. Abg. **Griffenberger**: Herr v. Bötticher hat neulich geäußert, daß das Kranken-Versicherungsgesetz die meiste Anerkennung im Volke gefunden habe. Wir meinen aber, daß gerade dieses Gesetz von allen Versicherungsgesetzen am schlechtesten aufgenommen ist, besonders wegen der Härten für solche Gegenden, wo die Krankenversicherung bisher weit besser geregelt war. Gerade die Bestimmungen über die Uebersicherung haben eine allgemeine Anerkennung des Gesetzes verhindert, denn es ist darin der Grundfals aufgestellt, daß in Krankheitsfällen der Arbeiter unter keinen Umständen eine höhere Unterstützung erhalten darf, als sein durchschnittlicher Tagelohn beträgt. Man hat Front gemacht gegen die Uebersicherung und den Arbeitern das Mißtrauen ausgesprochen, daß sie damit Geschäfte machen und simulieren könnten. Die ärztliche Fürsorge wurde von dem Staatssekretär als die eigentliche Grundlage des Gesetzes bezeichnet. Die Kranken leben aber nicht allein von Medikamenten und Mixturen; vor allen Dingen müssen sie und ihre Familien während der Arbeitsunfähigkeit etwas zu verdienen haben. Gerade während der Krankheit muß der Erkrankte mehr haben, als wenn er arbeitsfähig ist, sonst geht das ganze Hauswesen zu Grund. Die Frau, die sonst in der Fabrik noch verdient hat, muß darauf verzichten, um den kranken Mann pflegen zu können. Zur Befreiung dieser Ungerechtigkeit aus dem Gesetz genügt die Erklärung der Regierung nicht. Man weist zur Begründung auf die Simulation hin. Simulation wird es jederzeit und in allen Bevölkerungsschichten geben. Aber in keinem anderen Gesetz ist so viel davon die Rede. Nur in den Arbeitergesetzen glaubt man besondere Schutzmaßregeln dagegen haben zu müssen. Ich will nicht auf Maßregeln verweisen, was der Staatssekretär v. Bötticher so gern thut; man kann auch zivilisirtere Gegenden heranziehen. Redner verliest einen längeren Brief eines Magistratsbeamten aus einer großen Stadt des Ostens, in welchem sich derselbe gegen den § 26a und dessen unklare Fassung ausspricht, und meint, daß man sich gegen Simulanten anderweitig schützen könne. Besonders unangenehm ist der § 26a für den Süden und Südwesten, wo das Krankenwesen schon seit Jahrzehnten in Blüthe steht, wie besonders in meiner Heimat die Lokal-Krankenkassen auf Grund der Landesgesetzgebung. Diese Kassen umfassen nicht nur die Arbeiter, sondern auch das Kleinbürgerthum, die kleinen Beamten und selbständigen Leute. Lange vor dem Reichs-Krankengesetz hat man dort dafür gesorgt, daß in Krankheitsfällen möglichst für die Familie gesorgt werde. Sei es durch sehr wenige Arbeiter, die nicht in zwei Lokalkassen versichert sind und zwar sammt und sonders höher, als ihr durchschnittlicher Arbeitslohn beträgt. Zur Versorgung mit ärztlicher Behandlung und mit Medikamenten haben sich außerdem noch besondere Nebenstellen gebildet. Alle diese Kassen sind durch das Reichs-Krankengesetz unglaublich geschädigt worden. Gegen das Simulantenwesen haben sich sowohl unsere zentralisierten freien Hilfskassen wie auch die Lokalkassen durch ein ausgedehntes und kompliziertes Kontrollsystem hinderehend geschützt. Seit dem ersten Krankengesetz hat sich immer mehr das Bedürfnis herausgestellt, diesen ungerathenen Paragraphen zu beseitigen. Selbst in den großen Kassen haben die Kontrollmaßregeln durchgeführt werden können. Die Entziehung des Krankengeldes im Falle einer selbstverschuldeten Krankheit infolge von Trunksucht oder von sonstigen geschlechtlichen Ausschweifungen u. s. w. mag bei den Gemeindefassen einen Schein von Berechtigung haben, weil die Unterstützung halb und halb als Armenunterstützung ausgeführt wird, aber nicht bei den Ortskassen, wo Alles durch die Beiträge der Interessenten aufgebracht wird. Eine schuldvolle Beteiligung an Raubhändeln und Schlägereien läßt sich in den meisten Fällen gar nicht rechtzeitig feststellen. Es kommt häufig vor, daß Arbeiter bei Nacht überfallen und schwer verletzt werden; in diesen Fällen haben die betreffenden Lokalkassen einfach das Krankengeld verweigert und die Familie erhielt das Geld erst nach Verhandlung der gerichtlichen Verhandlungen, also meist sehr spät. Jene Bestimmungen müssen also gestrichen werden. Wir beantragen weiter, daß die Unterstützungsfrist von 13 auf 52 Wochen ausgedehnt wird. Die Kassen können das sehr wohl leisten, und die Mitglieder werden, wenn es sein muß, genau mehr Beiträge leisten, wenn sie wissen, daß sie längere Zeit geschützt sind.

Abg. **Buhl** (natl.) glaubt sich auf die Ausführungen bei der Gemeinde-Krankenversicherung beziehen zu können; dort sei schon wegen der selbstverschuldeten Krankheitsfälle das Nähere gesagt worden. Daß kein Kassenmitglied mehr an Krankengeld beziehen darf als sein durchschnittlicher Tagesverdienst ausmacht, ist selbstverständlich; die freien Kassen haben solche Bestimmungen ebenfalls. Die freien Kassen gewähren aber nur ein Krankengeld und nicht freie ärztliche Behandlung. Die Ortskassen gewähren freie ärztliche Behandlung und gestatten, daß der Erkrankte daneben den Betrag des vollen Tagelohns an Krankengeld bezieht. Darüber noch hinauszugehen, ist nicht erforderlich.

Abg. **Guttschich** (dir.): Daß im Falle einer Schädigung der Kasse durch Betrug eine Entziehung des Krankengeldes stattfinden kann, ist auf meinen Antrag beschlossen worden; ich habe aber erkannt, daß eine vollständige Entziehung des Krankengeldes eine zu harte Strafe ist; ich werde für die dritte Lesung eine Aenderung beantragen.

Nach der Vorlage sollten die Mitglieder verpflichtet sein, der Ortskrankenkasse binnen 8 Tagen anzugeben, wenn sie anderweitige Versicherungen eingegangen sind, und zwar bei Verlust ihrer Ansprüche. Die Kommission verlangt die Anzeige erst spätestens drei Tage nach der Krankmeldung.

Abg. **v. d. Schulenburg** hält diese Aenderung für bedenklich für die Arbeiter, während Abgeordneter **Müller** darin eine Abschwächung sieht.

§ 26a wird bis auf die zurückgestellte Bestimmung über den Verzichtswang unter Ablehnung aller Anträge unverändert genehmigt.

Die weiteren Paragraphen, welche einer Aenderung unter-

worfen worden, werden ohne Debatte nach den Vorschlägen der Kommission angenommen.

Der von der Regierung vorgeschlagene § 46a, wonach zwangsweise Kassenverbände auch gegen den Widerspruch der beteiligten Kassen gebildet werden können, wird dem Antrage der Kommission gemäß ohne Debatte genehmigt; ebenso ohne Debatte entsprechend dem Antrage der Kommission die §§ 40a und 40b, welche eine weitgehende Meldepflicht für die freien Hilfskassen einführen wollten.

Nach § 52 sollen die Beiträge zur Krankenversicherung zu zwei Dritteln von den Arbeitern, zu einem Drittel von den Arbeitgebern gezahlt werden. Durch statutarische Bestimmung sollen die Arbeitgeber, welche keine Motoren betreiben und nicht mehr als zwei versicherungspflichtige Personen beschäftigen, von der Beitragspflicht befreit werden können.

Der Antrag der Sozialdemokraten, diese letztere Bestimmung zu streichen, welche vom Abg. **Mollenhuth** damit verteidigt wird, daß eine solche Befreiung von Beiträgen eine ungerechte sei, weil sie die selbständigen Arbeiter schädigen würden, wird abgelehnt.

§ 52 wird unverändert angenommen.
Gegen 5 Uhr wird die weitere Debatte bis Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Tokales.

Die „Geheimnisse der Polizeiwachen“ sind schon oft vor Gericht erörtert worden. Das Lesen eines der Polizeiberichte der jüngsten Tage hat einen andern Uebelstand zu Tage treten lassen, der beweist, daß die zur Wache Sittirten sich über allzu große Aufmerksamkeit seitens der Beamten nicht zu beklagen brauchen. In dem Polizeibericht waren zwei Fälle angeführt, in welchen Männer in bewußtlosem Zustande aufgefunden, nach dem nächsten Polizeibureau geschafft und alsbald dort verstorben sind. In dem zweiten Fall ist ausdrücklich gesagt, daß der vom Hirt eines Hauses ausgelesene „sinlos betrunken“ war, nach der Wache des Reviers geschafft und „am folgenden Morgen, auf dem Fußboden des Sittirraums liegend, todt aufgefunden wurde.“ In dem andern Fall wird nur von einem „bewußtlosen Zustande“ gesprochen, doch wird es sich auch hier um eine durch starkes Trinken hervorgerufene Bewußtlosigkeit handeln.

In beiden Fällen aber waren die Verstorbenen Proletarier in den erbärmlichsten Verhältnissen. Man klagt es zwar gar schrecklich, wenn man sieht, wie diese Leute sich „sinlos betrunken“ haben bis zur Bewußtlosigkeit. Da betrunken sich der fromme Bourgeois und dankt seinem Gott, daß er nicht so verwahtelt ist, wie dieses „Gesindel“. Und doch liegt kein Grund zu dieser speibürgerlichen Enttäuschung vor! Man betrachte nur die Sache im richtigen Lichte: Da sind ein paar arme Teufel körperlich und geistig ruinirt infolge Arbeitslosigkeit und Toddsuchtigkeit. Arbeitslosigkeit giebt es für diese angemergelten Menschen in den schabigen Kötten und mit dem vor Kälte blau gefrorenen Gesicht und Händen nicht mehr. Nun muß dieser kraftlose Mensch Tag für Tag auf der Straße herumlungern, um zu sehen, wo er ab und zu einen Nidel verdienen kann. Nachts wird kampirt in Neubauten, Schuppen, unter Brücken, in Höhlen, die für einen Hund zu erbärmlich sind. Der einzige Trost ist noch ein Schluck Branntwein, eine Flasche ordnärsten Fusels, zu etwas Besserm langst das Geld nicht.

Daß der Alkohol in diesem angemergelten Körper binnen Kurzem erschreckende Verheerungen anrichtet, ist nur zu erklärlich. Der Wirkung des Fusels kann der nur ungenügend ernährte Mensch nicht lange widerstehen, es genügt bald ein nur geringes Quantum, um Betrunkenheit hervorzurufen. Sehr bald ist das Stadium erreicht, das man „sinlose“ Trunkenheit nennt, der Betrunken taumelt in die frische Luft, der plötzliche Temperaturwechsel benimmt ihm das Bewußtsein, — der Trunkene bricht zusammen und der satte Bürger, der nur hin und wieder (vor und nach jeder guten Mahlzeit am Tage) sein Spitzgläschen ff. Kognak genehmigt, wendet sich unter Stel ab von dem bef. Sch.!

Dann kommt ein Schuhmann, der Bewußtlose wird zur Wache gebracht und ohne Weiteres in den Sittirraum gesperrt. Hier muß er seinen Rauch ausschlafen, er kann aber auch eingehen in ein besseres Jenseits, kein Mensch hindert ihn daran. Es giebt dann eben einen Proletarier weniger. Die Frage drängt sich aber doch jedem Menschen auf: ist es angezogen, einen bewußtlosen Menschen ohne jede Hilfe, ohne jede Ueberwachung in der Zelle liegen zu lassen? Wäre da nicht ärztliche Untersuchung auf jeden Fall am Platze? Es kann dem Bewußtlosen doch leicht etwas zustoßen, ja er kann, wie aus den obigen Fällen hervorgeht, sterben, ohne daß ein Mensch das merkt. Wird am andern Morgen die Zelle geöffnet, dann giebt's allgemeines Staunen über die Schicksalsthat des Menschen, der sich da erlöhnt, seinen Geist auszuhauhen, ohne vorher darüber polizeiliche Meldung erstattet zu haben.

Es wird so gewaltiges Kuffehen gemacht von unseren Sanitätswachen, von der vorzüglichen Einrichtung der ärztlichen Hilfsleistungen bei Nacht — kurz, man thut so, als ob Berlin auch nach dieser Richtung hin an der Spitze der Zivilisation marschiere. Wie aber reimen sich die beiden vorstehend erwähnten Fälle hiermit zusammen?

Von einem in der Charitee hier befindlichen Genossen geht uns folgendes Schreiben zu: „Seit 1. Oktober 1890 wohne ich in einem Hause der Straße und habe meine Mieth (18 Mk. monatlich) bis 1. Oktober dieses Jahres stets pünktlich bezahlt. Am 7. September erkrankte ich, am 12. wurde ich nach der Charitee gebracht, wo ich mich bis heute noch in ärztlicher Behandlung befinde. Ich bin nur Mitglied einer Krankenkasse, die wöchentlich 6 Mark Krankengeld zahlt. Davon muß meine Frau mit drei kleinen Kindern auskommen! Alle Bemühungen, eine Beschäftigung zu erhalten, die ihr noch etwas einbringt, waren bisher vergeblich. Für Oktober und November bin ich mit der Mieth im Rückstande, — gewiß unter den Verhältnissen kein Wunder. Schon im Oktober drängte der Hauswirth auf Zahlung, da er seine „Zinsen auch pünktlich zahlen müsse“. Trotzdem meine Frau unsere bedrängte Lage schilderte, hat jetzt der Wirth die Klage eingereicht, meine Familie hat also begründete Aussicht, auf die Straße gesetzt zu werden. Der Wirth ist Besitzer von sechs Häusern, er hat meiner Frau gesagt, sie könne von den 6 Mark Krankengeld wöchentlich doch ganz gut die Mieth bezahlen, er gehe doch vor Allen Anderen vor!“ Wo von den 24 Mark Kranken-Unterstützung 18 Mark Mieth bezahlt, bleiben zum Lebensunterhalt für Frau und Kinder noch — — 6 Mark monatlich! Hier von zu leben, dürfte selbst einem Hausbesitzer schwer fallen.

Eine interessante Bereicherung hat forden das Reichspost-Museum in Gestalt eines großen, mit ungewöhnlicher Genauigkeit ausgeführten Modells eines lufschiffähnlichen Dof- und Reise-wagens aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts erhalten. Das Original befindet sich in dem königl. Museum zu Dresden. Es ist ein eckförmiges Gebilde, ungemün würdevolles Gefährt, denn seine Größe entspricht so ziemlich einem Möbelwagen der

modernen Zeit. Mit vier Rädern ausgerüstet, befanden sich in der Mitte des langgestreckten Wagens der verdeckte Abschlag für die Reisenden und hinten und vorn zwei gewaltige, durch Federdecken geschützte Behälter für ein wahres Reservoir. Ganz vorn ragt auch ein Hoch empor, auf welchem würdevoll in gelber Uniform mit blauen Aufschlägen und dem Dreispitz auf dem besetzten Haupte der Postillon sitzt und das kräftige Sechsheiligt leucht. Eine besondere Eigentümlichkeit dieser Artzeugs ist, daß sie keine Feder besitzt. Man denke sich also die Rippenstäbe, welche es für den armen Reisenden fehlt, wenn das Gefährt über die Sandstraße zog. Es muß gränlich gewesen sein, wie denn ganz auch der Anblick dieses Behältnisses aus der guten alten Zeit ist.

Cyber der Arbeit. Auf dem Neubau Moabit, Kasernen 4, fiel gestern ein Maurer aus der vierten Etage herab. Der Grund zu dem Unglücksfall wird in der mangelhaften Anlage der Klüftung erblickt.

Als Heilmittel gegen die Influenza wird neuerdings von Hoegboon in einem medizinischen Organ die Pfefferminze empfohlen, die eine spezifische Wirkung auf die Infuzivaleime haben soll. Der Arzt giebt zweimal täglich 5-10 Tropfen und und mehr von der Essenz; zugleich verbindet er damit die Darreichung von doppeltkohlensaurem Natrium und Chinin.

Auf das endgültige Ergebnis der gerichtlichen Bücherrevision in Sachen Hirschfeld u. Wolff ist man, wie der „Saale-Zeitung“ von hier geschrieben wird, um deswillen gespannt, weil wohl mit gutem Grunde angenommen werden darf, daß dadurch die Namen sämtlicher Geschädigten, auch derjenigen, welche jetzt um keinen Preis genannt sein wollen, zu Tage gefördert werden dürften. Dasselbe gilt von den gerichtlichen Feststellungen in Sachen Friedländer u. Sommerfeld. Nachgerade ist es ein öffentliches Geheimnis geworden, daß wenige Wochen vor Zusammenbruch dieser Banken mehrere hochgestellte Persönlichkeiten infolge bestimmter Warnungen ihre Depositen rechtzeitig zurückgezogen haben, ohne es für nötig zu erachten, von ihrer Verschwiegenheit auch der Staatsanwaltschaft Mitteilung zu machen. Um so mehr wäre es im öffentlichen Interesse geboten, der dunklen Sache auf den Grund zu gehen und ohne Ansehen der Reichthümer die volle Wahrheit ans Licht zu bringen. Die öffentliche Moral kann dadurch nur gewinnen. Die Liste der geschädigten Offiziere soll besonders lang sein.

Durch einen Einbruchdiebstahl ist ein hiesiger Gewerbetreibender, der Sattlenmeister Maehler, Preussenerstr. 21, um sein ganzes Vermögen — etwa 20 000 Mark — gebracht worden. Am Sonntag Abend hatte Herr Maehler, der ein Ladengeschäft im obigen Hause betreibt, während sich die Wohnung in der ersten Etage desselben Gebäudes befindet, den Besuch einer befreundeten Familie erhalten, mit welcher M. im Boden verworlt. Wenige Minuten vor 9 Uhr begab sich eine bei M. wohnende Schwägerin nach der Wohnung hinaus, ohne irgend etwas Verdächtiges zu bemerken. Als die junge Dame gleich darauf nach dem Boden zurückkehrte, woselbst die kleine Gesellschaft sich mit Kartenspielen vergnügte, trat ein fremder, etwa 1,50 Meter großer Mann in den Geschäftssaum, welcher sich als Kolporteur aufgab und längere Zeit seine Waaren anpries, bis er schließlich von Herrn M. hinausgewiesen wurde. Fünf Minuten vor 10 Uhr begab sich die oben erwähnte Schwägerin, Fräulein S., abermals in die Wohnung hinaus und, nachdem sie die ordnungsmäßig verschlossene Korridorthür geöffnet, bemerkte sie zu ihrem Schrecken bei dem Schein einer Lampe, die von fremder Hand angezündet worden sein mußte, daß Ginzbrecher hier gehaust hatten. Die Schränke, Kommoden des Wohnzimmers waren zerbrochen, die Wände durchwühlt und Kleidungsstücke und geringwertige Wäsche lagen zerstreut am Boden umher. Aus einem Kommodenschubfach, in welchem Herr M. sein Vermögen, das er infolge besonderer geschäftlicher Verhältnisse erst vor kurzer Zeit nach seiner Wohnung gebracht, provisorisch aufbewahrt hatte, waren 6 Stück Preuss. Konfols à 1000 M. Nr. 98 251-55, ein Staatsschuldschein über 5000 M., ein ebensolcher über 3000 M., — von diesen Papieren fehlen leider die Nummern — sowie die dazu gehörigen Kuponen, daeres Geld im Betrage von 700 M. gestohlen worden. Drei dabei befindliche Sparfassenbücher haben die Diebe nicht mitgenommen, vielmehr unter die Betten geschleudert. An Goldsachen sind für einige 1000 M. gerant worden, darunter eine goldene Damen-Remontoiruhr (Nr. 78079) nebst Kette, eine Graniten-, Korallen- und goldene Schmuckgarnitur, Arm- und Ringe, Brochen etc. Auch die werthvolleren Wäsche- und Kleidungsstücke der gesamten M.'schen Familie haben die Ginzbrecher mitgenommen und betrug dieser Verlust etwa 5000 M. Allem Anschein nach ist der sorgfältig vorher geplante Einbruch von einer aus vier bis fünf Köpfen bestehenden „Echobande“, sogenannten „großartigen Zugs“ verübt worden. Dieselben waren, wie die Polizei vermutet, bereits um 9 Uhr, als J. S. zum ersten Male die Wohnung betrat, in derselben anwesend und hatten sich, als die Korridorthür geschlossen wurde, unter den Bettstellen versteckt, wie aus vorgefundnen Fußspuren ersichtlich. Zu dem Kolporteur, welcher jedenfalls der „Schmiedeleiter“ war, vermahnet die Polizei einen schon früher gefuchten Ginzbrecher, der erst unlängst aus dem Zuchthaus entlassen worden ist. Derselbe ist ein kleiner Mensch, 1,50 Meter groß, hager, hat eingefallene Wangen, trägt einen kleinen blonden Schnurrbart und blondes Haar und war mit einem grauen Jaquet bekleidet. Derselbe hatte in einem schwarzen Padet eine Anzahl Bücher zur Kolportage bei sich.

Cyber einer unglücklichen Wette. In dem an der Köpfnicker Chaussee wohnenden Restaurant A. kam am Sonntag Abend in der neunten Stunde ein junger ca. 23-jähriger Mensch und erbat sich, den anwesenden Gästen gegenüber, daß er im Stunde sei, in zehn Minuten zwei Glaspistolen voll Schnaps (das enthält ca. 1/2 Liter) hintereinander anzutrinken. Da das aber bestritten wurde, wurde eine Wette auf 6 M. entriert, die der Wetzende auch annahm. Diesen bodenlosen Versuch sollte der wegefallige Mensch aber mit seinem Leben bezahlen. Kaum hatte er die erste Pistole aus und die zweite angezündet, da entfiel sie ihm, während er selbst tot zu Boden stürzte. Er war vom Schlage getroffen worden.

Selbstmordversuch. In einem in der Eichendorffstr. gelegenen Hotel wurde ein etwa 22-jähriger Mann, der sich Tags zuvor als „Student Louis Wertens aus Charlottenburg“ in das Fremdenbuch eingetragen hatte, gestern Nachmittag in schwerem Zustand vorgefunden und nach der Charité gebracht. Ein hinzugezogener Arzt stellte einen Vergiftungsversuch mittelst Digitalis (Fingerring) fest; der in das Fremdenbuch eingetragene Name ist, wie inzwischen ermittelt worden, falsch. Das benutzte Gift hatte der Lebendmüde in zwei kleinen Schachteln aufbewahrt, welche allem Anschein nach aus einem chemischen Laboratorium herührten.

Infolge Explosion einer Petroleumlampe hat vorgestern Nachmittag gegen halb 5 Uhr im Hause Preussenerstr. 18 ein bedeutendes Schadenfeuer gewüthet. In einem daselbst befindlichen Handschuhladen war ein Zündmädchen damit beschäftigt, eine Petroleumlampe auf dem Ladentisch zu fällen und anzuzünden. Das noch glühende Streichhölzchen fiel auf den Ladentisch, und hierdurch entzündete sich übergeköpfenes Petroleum. Die Flammen jängelten zur Lampe empor, dieselbe explodirte und im Ru geruch der nicht allzugroße Raum in vollen Brand, während das Zündmädchen schreiend zur Straße hinauslief. — An Rettung der Waarenvorräthe war gar nicht zu denken. Die hölzerne Wand zu der Destillation brannte sehr bald durch und mächtige Feuer- und Rauchwolken drangen in das Schanklokal ein, in welchem viele Gäste ahnungslos saßen, die nun schleunigst flüchteten. Die Löschmannschaften der Kreisstraße, die zuerst an der Brandstätte eintrafen, dampften zuvörderst den nur unbedeutenden Brand in der Destillation und nach einer einstündigen Thätigkeit gelang es, das Feuer auch in dem Handschuhladen Herr zu werden. Der letztere ist total ausgebrannt, der Schaden ist ein nicht unbedeutender, auch die Destillation hat nicht unwesentlich durch Feuer und Wasser gelitten.

Die Leiche eines Unbekannten wurde, wie vor einigen Tagen berichtet, mit durchschossener Schläfe bei Wannsee gefunden. Bei der Personalbeschreibung war als besonderes Kennzeichen angeführt, daß der Selbstmörder Schmitze, wie sie von Studentennormen herühren, auf der linken Seite gehabt habe. Wie der „Charl. N. Ztg.“ mitgeteilt wird, paßt die Personalbeschreibung auf einen Charlottenburger, den Dr. jur. Heinrich Beder. Derselbe war zuletzt Grundstückspekulant und hat sich einer sechswohentlichen Geängstigung, die ihm wegen Betruges zuerkannt worden war, durch die Flucht entzogen. Es ist unter diesen Umständen nicht unwahrscheinlich, daß er sich erschossen hat und mit dem bei Wannsee aufgefundenen Selbstmörder identisch ist.

Von einer verheerenden Feuerbrunst wurde in gestriger Nacht die Notardische Seifenfabrik in Paulstern bei Spandau heimgesucht. Gegen 3/4 Uhr Morgens wurde die Hilfe der Berliner Feuerwehr telegraphisch in Anspruch genommen; der Dampfdruckung der dritten Kompanie ging infolge dessen sofort nach der Brandstätte ab. Das große Fabriketablisement, welches Hunderte von Arbeitern beschäftigt, liegt in der Nähe der Spandauer Pulver- und Gewehrfabrik. Ueber die Entstehungsurache und den Verlauf der Feuerbrunst wird folgendes berichtet: Gestern Morgen gegen 2 Uhr explodirte in dem umweit von der Verordnungsbehörde gelegenen Maschinenbauwerk ein großer Dampfkeffel. Die Arbeiter vermochten sich noch rechtzeitig zu flüchten und verfielen nunmehr die Flammen, welche alsbald aus dem Kesselhause emporstiegen, zu löschen. Dies gelang ihnen jedoch nicht, vielmehr theilte sich der Brand den Fabrikräumen nach kurzer Zeit mit, so daß, als die telephonisch hinzugerufene Spandauer Berufsfeuerwehr eintraf, bereits das gesammte Fabriketablisement in Flammen stand. Erst mit Hilfe der später eintreffenden Berliner Feuerwehr gelang es, gegen Mittag des Feuers, das den größten Theil der Notardischen Fabrik zerstört hatte und den Betrieb derselben für einige Zeit lahm legen dürfte, Herr zu werden.

In Bankow veranfaßt am nächsten Sonntagabend der Gesangsverein „Echo“ in Großjean's Elysum, Niederschönweide, zum Besten des schon lange erkrankten Genossen Sidde ein Konzert. Genosse Sidde ist ein Veteran der Arbeit, der, nachdem er sich ein halbes Jahrhundert im Dienste des Kapitals abgearbeitet hat, jetzt hilflos und verlassen wäre, wenn die Genossen nicht in richtigem Solidaritätsgefühl seiner gedächten. Es steht daher zu erwarten, daß dem Verein keine Hilfe übrig bleiben. Dieselben sind zu haben bei den Genossen Koh, Häbcher, Hellmuth und Passler, sämtlich in Bankow, Wollanstraße.

Polizeibericht. Am 24. d. M. Nachmittag wurde eine Handelsfrau vor dem Hause Klosterstr. 91 von einer Drochke überfahren und im Gesicht und am Halse so bedeutend verletzt, daß ihre Ueberführung nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus erforderlich wurde. — In einem Hotel in der Eichendorffstraße wurde zu derselben Zeit ein unbekannter etwa 20-jähriger Mann schwer erkrankt vorgefunden und, nachdem durch die Art Veranfaßt festgestellt worden war, nach der Charité gebracht. — Vor dem Hause Preussenerstr. 19 fiel Abends ein Mann von dem Hinterraum eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens und erlitt einen Schädelbruch. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. — In der Nacht zum 25. d. M. entstand vor dem Hause Niederwallstr. 28/29 eine Schlägerei, wobei ein Hausdiener in eine große Schaufenscherbe fiel und durch die Splitter am Halse und am Beine so schwere Verletzungen erlitt, daß er nach der Charité gebracht werden mußte. — Am 24. d. M. und am darauffolgenden Morgen fanden fünf Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Der Arbeiter-Bildungs-Verein für Mariendorf und Umgegend veranfaßte am Sonntag, den 12. Juli, eine Herren-Fußpartie über Buckow, Rudow nach Johannisberg. Mittags 2 Uhr kam der Verein in Tempelhof an. Von einem der Teilnehmer wurde der Vorschlag gemacht, noch ein Abschiedsfeind zu trinken, — und dieses Seidel wurde für fünf Teilnehmer zum Verhängnis. Der Gang vom Bahnhof bis zum Restaurant von Werth in der Dorfstraße erregte das Aufsehen des Gendarmen Zänger in Tempelhof, welcher darin einen „Aufzug“ erblickte und auch der Ansicht war, daß die Vereinsmitglieder ruhestörenden Lärm verursacht hätten. Es erfolgte also eine Anzeige und deren Folge war, daß gegen Tannenbergs und vier Genossen aus Tempelhof Anklage erhoben wurde wegen Theilnahme an einem öffentlichen Aufzuge ohne polizeiliche Erlaubnis und wegen Erregung ruhestörenden Lärmes. (Uebertretung gegen §§ 9, 10 und 17 des Gesetzes vom 11./3. 1850 G.-S. S. 277 und § 300 Nr. 11 des St.-G.-B.)

Die Verhandlung fand dieser Tage statt und endete mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten, welchen Rechtsanwält Arthur Stadthagen als Verteidiger zur Seite stand. Der Staatsanwalt hatte für Tannenbergs 15, für die übrigen Angeklagten je 5 M. Geldstrafe beantragt. Die Aussagen des Gendarmen Zänger ergaben, daß derselbe in seiner Wohnung Siekta hielt, als die Vereinsmitglieder nach dem Restaurant gingen. Hier hatten sich dieselben aufgestellt und einigelieder gefungen. Als sie seiner anständig wurden, seien sie durch die Hintertür verschwunden. Die Angeklagten widerlegten diese Angaben mit solchem Erfolge, daß der Gerichtshof die Ueberzeugung von ihrer Schuld nicht gewinnen konnte.

Eine interessante Episode muß noch angeführt werden. Als der Verteidiger dem Gendarmen verschiedene Widersprüche in seinen Aussagen nachwies, antwortete dieser auf eine Frage des Verteidigers: „Der Angeklagte hat doch das Maul nicht aufgemacht, um damit Fliegen zu schnappen.“ Auf diese löbliche Rede hin beantragte der Verteidiger, den Gendarmen in eine Ordnungstrafe zu nehmen. Der Gerichtshof ließ es bei einem Verweis bewenden.

Der Chefredakteur der „Krenz-Zeitung“, Freiherr von Hammerstein, hatte gestern unter der Anklage der Verleumdung vor der I. Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen. Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin hatten den Strafantrag wegen eines Artikels, der am 8. März d. J. in der „Krenz-Zeitung“ erschienen war. Der Artikel betraf die Aufhebung der Gehälter der Preziger Lehrerschaft, welche Gegenstand der Beratung in der dortigen Stadtverordneten-Versammlung gewesen war. Es wurde mitgeteilt, daß die Vereinbarung zwischen dem Regierungsvertreter und dem Preziger Magistrat nicht im vollen Umfange von der dortigen Stadtverordneten-Kommission anerkannt worden sei. Die vorgeschlagene Gehalts-Erhöhung sei nur theilweise gebilligt worden und die Restoren ganz leer ausgegangen. In diese Maßnahmen knüpfte der Artikel eine Kritik, die mit dem Satze schloß: „Das Motiv dieser schreienden Ungerechtigkeit ist in der notorischen Abneigung gegen die Geistlichkeit zu erblicken und in dem Wahne, daß die Philosophen doch bessere Menschen seien.“

Wegen dieses Schlußsatzes ist Anklage erhoben. Während der Beschuldigte und dessen Verteidiger, Rechtsanwält Kästel, bestritten, daß der benannte Satz eine Verleumdung enthalte, führte Staatsanwalt Dr. Oppermann das Gegenmittel aus und beantragte eine Geldstrafe von 50 M.

Der Gerichtshof erkannte auf 100 M. Geldstrafe. **Die Unwissenheiten zwischen den früheren Direktoren** der Westfälischen Gesellschaft, welche gegen einen derselben, den Kaufmann Carl Heinselmann, eine Anklage wegen Unterschlagung gerichtet haben, sind gestern durch Urtheil der 89. Abtheilung des Schöffengerichts zum Abschluß gelangt. Heinselmann war von seinem früheren Vizepräsidenten Berliner beschuldigt worden, widerrechtlich über zwei Aktien à 1000 Mark, welche der Gesellschaft gehörten, in der Weise verfügt zu haben, daß er dieselben zeitweise an zwei Bekannte zu dem Zwecke überließ, damit dieselben als angebliche Inhaber der

Aktien zu einer Generalversammlung Zutritt hatten und das Stimmrecht ausüben konnten. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für schuldig und beantragte gegen denselben eine Geldstrafe von 300 M. Der Gerichtshof folgte aber den Ausführungen des Verteidigers Dr. Jeps und erkannte auf Freisprechung, da das Verhalten des Angeklagten zwar als inforter und widerrechtlich, aber deshalb nicht als Unterschlagung anzusehen sei, weil dem Angeklagten die Nichtwidrigkeit seiner Handlungswerte nicht bewußt gewesen.

Soziale Ueberblick.

In die Gewerkschaften Berlin! Der unterzeichnete Geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission erlaubt sich hierdurch, die Gewerkschaften Berlins nochmals auf die Beschlüsse der Berliner Streik-Kontrollkommission aufmerksam zu machen, und zwar in Hinsicht auf die Streiks und auf die Geldsammlungen.

Es ist in verschiedenen Versammlungen der Berliner Streik-Kontrollkommission beschlossen worden, daß einzelne Gewerkschaften, welche in einen Streik eintreten wollen, resp. sich in einen Streik befinden, dies der Kommission angemeldet haben. Ferner, daß die Geldsammlungen für streikende Gewerkschaften auf Listen gesammelt werden, auf welchen der Stempel der Berliner Streik-Kontrollkommission nicht zu finden war. Wir lassen, um die Beschlüsse der Streik-Kontrollkommission nicht außer Acht kommen zu lassen, hiermit die Resolution, betreffend die Taktik der Geldsammlungen, im Wortlaut folgen:

Die dauernden Sammlungen zu den gewerkschaftlichen Streikfonds, sowie zur Unterstützung für Streikende und Angehörte sind von den Gewerkschaften selbstständig vorzunehmen.

Ist große Unterstützung nöthig und soll die Sammlung allgemein werden, so hat die Streik-Kontrollkommission vorzugehen, selbstständig Listen auszugeben (An Stelle dieser Listen ist später nach den Beschlüssen der Streik-Kontrollkommission eine dauernde Sammlung auf fünfjährig-Marken eingeführt worden) und dieselben den einzelnen Gewerkschaften durch ihre Delegirten zu übermitteln. Alle anderen sonst angebotenen Listen sind zurückzuweisen.

Nach beendigten Streiks sind die verbleibenden Gelder von der Streik-Kontrollkommission für spätere Streiks zu referieren.

Ueber diejenigen Gelder, welche von den streikenden Gewerkschaften selbst zusammengebracht sind, haben dieselben das Verfügungsrecht.

Wir ersuchen deshalb die Delegirten, in ihren resp. Gewerkschaften dafür Sorge zu tragen, daß auf Listen fremder Gewerkschaften nur dann gezeichnet wird, wenn dieselben den Stempel der Berliner Streik-Kontrollkommission tragen. Nach dem Verschließen der Streik-Kontrollkommission wird jedoch nur in ganz schwerwiegenden Ausnahmefällen davon Gebrauch gemacht werden. Denn um die Planlosigkeit der Geldsammlungen abzuwehren, deshalb haben die Delegirten fast sämtlicher Gewerkschaften Berlin in der Berliner Streik-Kontrollkommission diese Resolution zu feigen gemacht.

Außerdem sei hiermit noch daran erinnert, daß in der letzten öffentlichen Versammlung der Delegirten der Streik-Kontrollkommission in Sachen der Weißgerber und Handschuhmacher ausdrücklich beschlossen wurde, daß eine Listenammlung nicht allgemein stattfinden soll, sondern an Stelle deren die Sammlung mittelst der fünfjährig-Marken der Streikkontroll-Kommission recht zuge betrieben werden soll.

Selbstverständlich bleibt es den einzelnen Gewerkschaften unbenommen, innerhalb ihres Bereiches Listen auszugeben und anderen streikenden Gewerkschaften Zuwendungen zu machen. Jedoch dürfen diese Listenansammlungen sich auf andere, fremde Gewerkschaften nicht erstrecken.

Wir erinnern also nochmals alle Gewerkschaften, welche in der Berliner Streik-Kontrollkommission vertreten sind, daran, sich an die Beschlüsse derselben zu halten resp. die Sammler an die Streikkontroll-Kommission zu verweisen, welche von der Allgemeinheit der Berliner Gewerkschaften gebildet wird und bitten dringend, die Beschlüsse dieser Allgemeinheit nicht unbeachtet zu lassen.

Außerdem fordern wir nochmals zur regen Teilnahme der fünfjährig-Marken der Berliner Streikkontroll-Kommission auf.

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streikkontroll-Kommission.

J. A. Hermann Faber, N. Anton, Straße 24, Hof parterre.

Aus der Praxis der Abzahlungs-Geschäfte heißt ein sächsisches Provinzialblatt einen Fall mit, den wir in seinen Hauptpunkten wiedergeben wollen, weil er charakteristisch ist für gewisse Zustände Sachsens. Das Blatt schreibt: „Durch einen höheren Beamten einer in Leipzig mündenden Eisenbahn wird seit längerer Zeit für ein Abzahlungs-Geschäft der Verkauf von Zugschrauben, Regelatoren, Muffenwerken, etc. etc. besorgt. Es geschieht in der Weise, daß derselbe vorzugsweise den in den Werkstätten der Bahn beschäftigten Arbeitern diese Dinge zum Kaufe auf Abzahlung anbietet, resp. dazu zu überreden sucht.“

Als der richtige Beamten-Agent oder Agentur-Beamte, — der seinen Untergebenen zuredet, damit sie überhaupt unglücklich Land sich zulegen. Ob der Kauf in allen Fällen ganz fernmüthig geschieht? Ob der Unterbeamte nicht manchmal etwas faul, was er gar nicht braucht, nur weil er glaubt, daß er sich sonst von seinem Vorgesetzten überhand Weiterungen zuziehen könnte?

Eins dieser jamaikanischen „Geschäfte“ wird als Beispiel angeführt. Ein Arbeiter hatte durch den erwähnten Beamten von dem Abzahlungs-Geschäft eine sogenannte Herren-Doublette für den Preis von 20 Mark gekauft. Diese Kette ist von einem verordigten Taxator aber auf eine Mark taxirt worden, er handelt sich also in diesem Falle um eine ganz große Uebervertheilung des betreffenden Arbeiters. Das das Geschäft hohe Preise nehmen muß, liegt auf der Hand, es muß ja seinen Beamten-Agenten „Provision“ bezahlen!

Jetzt kommt aber erst noch das Beste: Der Arbeiter war mit seinen Monatszahlungen im Rückstande geblieben und wurde nun verlagert. Bei der später erfolgten Klärung aber hat sich der Gerichtsvollzieher gemindert, diese selbige Zwangsmarkte auch nur für den Werth von 20 Pfennigen, lage und schreibt: „fünfzig Pfennigen“ zu pfänden. — Das ist dem Arbeiter denn doch zu arg gewesen, er hat sich an die Presse gewandt unter der sehr richtigen Voraussetzung, daß der Preis der öffentlichen Meinung alles im Stande sein wird, solchen Schwindel in Zukunft ein Ende zu machen.

Wer nun meint, daß der Agentur-Beamte diese Verhältnisse etwa auf eigene Faust betrieben hat, befindet sich gewaltig im Irrthum, er hat hierzu von seiner Behörde die Erlaubnis in aller Form Nachweis erteilt erhalten, denn es schreibt, jedenfalls als Antwort auf einen Brief an die Zeitung:

„Betreffs Ihrer Drohung, die Sache vor die öffentliche Meinung zu bringen zu wollen, möchte Sie bitten, dasselbe recht bald zu thun. Sie recht bald erfahren, daß dieselbe der Herrmann'schen Vertriebs auf der ganzen Länge sächsischen Staatsbahn gestattet hat und in jedem selbständigen Ressort Beamte sind, die das Inkasso besorgen.“

Das ist ja wunderbar! Die Generaldirektion soll also ihren Beamten Geschäfte gestatten, durch welche die Arbeiter in der unglaublichsten Weise überzogen werden? Sie hat nichts da!

gegen einzumenden, daß den Gewerbetreibenden, welche doch heututage wähllich nicht auf Rosen gebettet sind, auf solche Weise Konkurrenz gemacht werden darf? Sind denn die höheren Beamten so schlecht besoldet, daß sie auf Nebengeschäfte angewiesen sind?

Im Reichstag haben wir eben erst den Sermon des Herrn v. Bötticher gehört, welcher in weisvoller Stimmung alle die Mittelchen aufzählte, durch welche die Regierung dem Handwerkerstand wieder auf die allerschwachsten Beine helfen zu können vermeint. Schade, daß die preussische Regierung und der sächsische Geheimrath am Bundesrathesisch nicht auch das Vermögen der königlich sächsischen Generaldirektion um die „Hebung“ des Handwerkerstandes in's Treffen fährten.

In Brandenburg hat das Personal der Zigarren-Fabrik der Gebrüder Görsch die Arbeit niedergelegt.

Buchdrucker-Bewegung.

Der Vorstand des deutschen Buchbinderverbandes fordert die Ortsvereine auf, ungesäumt mit Sammlungen für die streikenden Buchdrucker zu beginnen und, wo irgend möglich, wöchentliche Ertragsbeiträge für die Dauer des Streiks einzuführen.

Leipzig, 24. November. Gestern Abend fand im Saale der „Drei Mohren“, P. Anger, eine zahlreich besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, zu der auch die Hilfsarbeiterinnen eingeladen waren. Der Vorsitzende Schöps gab einen Situationsbericht, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die heute am 23. November in den „Drei Mohren“ tagende von ca. 2500 Personen besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung, zu welcher auch die Arbeiterinnen eingeladen sind, erklärt nach wie vor mit allem Nachdruck für die Ergründung der neunjährigen Arbeitszeit kämpfen zu wollen. Die Versammlung giebt die bestimmteste Erklärung ab, nicht eher den Kampf einstellen zu wollen, bis diese ihre Hauptforderung von den Prinzipalern anerkannt wird.“

Nachdem noch einige Mittheilungen aus dem Prinzipalstreik gemacht wurden, wonach es daselbst drüber und drunter gehen soll, weil die Arbeiter jetzt drängen, wurde noch folgende Resolution angenommen:

In Erwägung, daß die Tagesblätter über den Stand des Buchdruckerstreiks stets nur einseitige prinzipial-freundliche Berichte bringen und sachgemäße Entregungen seitens der Gehilfen keine Aufnahme finden, empfiehlt die Versammlung dahin zu wirken, daß während der Dauer des Streiks den Kollegen in den Standquartieren Exemplare des „Correspondent“ zur Verfügung gestellt werden, um dieselben in Respirationen, wo sie verkoren, auslegen zu können, damit eine rege fortwährende Darlegung des wahren Sachverhalts im Publikum erndlicht wird.“

Aus Würzburg schreibt man uns: Aufständig sind 109 Mann. Die Prinzipale haben sich bei hohen Konventionalftrafen verpflichtet, nicht nachzugeben, und keinen der Aufständigen wieder anzunehmen. Infolge dessen wurde von den Gehilfen eine scheinliche andere Gewerbe vertreten waren. Eine Resolution, die ihre tiefste Enttäufung darüber ausdrückt, daß verschiedene deutsche Ministerien den Streik befindlichen Buchdruckereien vom Volke zu unterhaltende Soldaten zur Verfügung stellen, fand einstimmige Annahme; desgleichen eine solche, in welcher die Anwesenden sich verpflichteten, die streikenden Buchdrucker mit allen Kräften moralisch und pekuniär zu unterstützen und in ihren Gewerkschaften in gleicher Weise zu wirken.

Versammlungen.

„Dähring und der Sozialismus“ war das Thema, mit welchem sich Vortrag und Debatte in der letzten vom Verein „Karl Marx“ einberufenen öffentlichen Versammlung beschäftigten. Die Versammlung fand am Sonntag Abend statt; wie gewöhnlich bei den vom Verein „Karl Marx“ einberufenen Versammlungen war der große Saal der Hofbrauerei gefüllt. Die Mehrzahl der Anwesenden waren zwar Parteigenossen, doch waren auch viele Gegner, besonders „Unabhängige“ und Bodenreform, Reformator und wenige Freisinnige, anwesend. Der Referent, Dr. Friedländer, führte nach einer kurzen Bio-graphie Dähring's — wobei unter anderem erwähnt wurde, daß Robert Mayer's Einsperrung ins Irrenhaus erst durch Dähring zur öffentlichen Kenntnif gekommen sei — aus: Drei Dinge er-zählten es, daß man Dähring so wenig kenne, nämlich die Un-begreiflichkeit seines Charakters, welche ihm die Verfolgung durch die sämtlichen Gelehrten und die Regierung von der Berliner Universität eintrug, das Unterlassen der Vergebung vor Karl Marx, und endlich sein Unheimlichkeit, den Redner, ohne ihn zu theilen, begriff, wenn er an den Prozentsatz der Juden unter den Bethapitalisten denke, die mehr bekämpft werden müßten, als die industriellen Unternehmer. Unter diesen Umständen sei die Verbreitung der Dähring'schen Schriften nur ihrem inneren Werthe zuzuschreiben. Engels be-hauptete, daß Dähring's „Beitrag“ eine Plagiaris von Marx' „Mehrwert“ sei; allerdings sei beides identisch; den Mehrwert ein unaltes Faktum sei. Dähring's Ziel sei anti-kräftig; er verwerne jede Herrschaft, auch die Demokratie als die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, worin der Referent Dähring beipflichtete. Dagegen leitete, was die Kritik der gegen-wärtigen ökonomischen und politischen Zustände anlangt, zwischen Dähring und Marx eigentlich nur ein Unterschied in der Dar-stellungsweise. Erst die „Marristen“ hätten den intoleranten Anspruch erhoben, daß sie allein wissenschaftlich seien. Diese Gruppe kämpfe mit unanständigen Mitteln. Insbesondere sei Engels' „Eugen Dähring's Umwälzung der Wissenschaft“ voller Widersprüngen, Unterstellungen und positiven Wahrheitswidrig-keiten. Referent führte als Belege hierfür vier Punkte an. Erstens werfe Engels an mehreren Stellen Dähring's Unkenntnis der Mechanik vor, und doch sei eine Schrift Dähring's über Mechanik von der Göttinger Universität preisgedruckt worden. Zweitens verweise auf einer Stelle (die Referent nicht mittheilte), weil sie so sachwissenschaftlich sei Engels mathematische Unkenntnis. Drittens folgere Engels (S. 304) aus einer dort an-geführten Stelle Dähring's, daß Dähring in seinem Zukunftsstaate die Religion verbieten wolle, was eine ganz ungeheuerliche Forderung sei. Viertens werfe er S. 292 Dähring's zukünftigen Wirtschaftsformulare Auferschließung der Kapitalakkumulation vor und übersehe, daß das Geld unerschädlich sei, sobald man für Geld weder Grund und Boden noch Pro-dukionswerkzeuge kaufen könne. Als das Gegenstück zu Dähring's freiheitlichem Sozialismus bezeichnete Redner die Sozialbürokratie, die man beinahe auch als reaktionäre Staatslogikoliten bezeichnen könne, z. B. Bekann und vor allem Oswald Köhler, und erklärte es für nöthig, alle Vorstellungen von behördlichen Zwang aus dem Sozialismus fernzuhalten.

Dr. Borchart nannte es erfreulich, daß nach dem Fall des Sozialistengesetzes die theoretischen Thematika mit so leb-haftem Interesse diskutiert würden. Er wolle bei anderer Gelegenheit einige wenig bekannte Dähringiana mittheilen. Dähring's Aenglichkeit mache seine Lektüre ungenügend. An der Einsperrung Robert Mayer's sei das Wesentlichste, daß nur Dähring etwas davon wisse.

Jahn bekämpfte die Dähring'schen Wirtschaftskommunen. Diese Organisation mit dem Seidenschaft des Geldes könne die heutige Ausbeutung nicht beseitigen. Es sei dankenswerth, daß Friedländer die Aufmerksamkeit auf diese durch Perle etwas

verändert wieder auflebenden Dinge hingelenkt habe, aber in der Sache wieder Friedländer unredlich.

Dr. Jägenau war enttäuscht, daß Friedländer für seine Behauptungen kein besseres Beweismaterial habe. Marx habe den Mehrwert entdeckt, trotzdem oder besser weil der Mehrwert schon vorhanden war. Die bürgerlichen Ökonomen von Smith bis Ricardo hätten dem Kapital eine Produktivität zugeschrieben. Besigrenzte sei eine Wirkung. Mehr-wert die Ursache. Der Lehnsinn könne den Unternehmervortrag noch so sehr überheizen; er entflamme doch dem Mehrwert. Die Abschaffung des Zinseszins bewirke nur eine andere Verteilung des Mehrwerts unter den Kapitalisten. Von den vier Punkten gegen Engels könne der erste nur für denjenigen etwas beweisen, der ganz auf dem Autoritätsstandpunkte stehe. Die zweite Stelle habe Friedländer nicht mitgetheilt. Die dritte sei richtig, denn wirklich erklärte Dähring nicht, daß im Sozialismus die Religion aufhöre, weil ihre Wurzeln fort-fallen, sondern verlange, daß die religiösen Zurüstungen abgethan werden. Wollig klar sei der vierte Punkt. Weibe das Geld allgemeines Zahlungsmittel, so blieben Ausbeuter und Ab-hängige. Friedländer bekämpfte das Wort Demokratie, das man zwar, aber schlecht, mit Volksherrschaft übersehe. Mit dem Fort-fall der Klassen falle die Herrschaft, Dähring und Friedländer.

8. Ziehung der 4 Klasse 185. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 25. November 1891, Samstag.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Classe Gewinne.)

| |
|--|
| 135 550 90 (1500) 431 81 559 704 853 881 1160 216 81 87 461 604 2077 125 216 42 437 553 (5000) 98 0 2 789 859 3014 49 (15000) 390 88 98 500 14 80 89 790 (3000) 898 4010 9 102 21 97 220 85 93 341 417 45 225 619 78 711 5004 (15000) 74 85 94 170 214 544 453 565 884 89 989 6018 115 264 507 640 744 834 7915 23 81 597 720 954 8021 324 461 621 46 869 94 0 49 8 9021 37 103 308 69 508 8 8 (1500) 139 914 19 10075 140 74 94 333 85 97 601 55 732 829 31 940 1165 296 69 327 88 458 75 45 552 75 (5000) 77 (3000) 81 94 800 972 14271 383 1000 89 498 552 898 (1000) 136 61 99 129 321 37 413 (5000) 22 59 41 705 (3000) 14654 133 200 313 428 539 886 55 907 15109 59 95 371 612 16 826 88 799 8 88 (3000) 946 (1500) 10000 124 63 282 478 96 568 71 634 97 945 (15000) 17054 83 116 88 370 496 615 46 (5000) 612 25 769 556 65 181 56 72 886 (3000) 498 841 706 41 46 802 3 6 16 19 33 10047 180 325 486 77 888 |
|--|

8. Ziehung der 4 Klasse 185. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 25. November 1891, Samstag.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Classe Gewinne.)

| |
|--|
| 13 (5000) 79 191 79 86 314 23 49 (5000) 88 813 92 651 836 558 83 1106 98 (3000) 251 341 417 75 518 518 688 849 9218 511 61 507 15 78 658 745 6 844 3074 133 63 72 658 74 679 118 801 8414 471 634 90 560 53 73 4254 30 90 381 90 636 63 6 106 233 36 80 88 308 310 414 54 116 34 82 1037 78 21 730 836 937 0374 492 550 619 90 812 77 944 87 7143 296 947 669 78 207 835 9 4 14 867 122 25 (15000) 441 674 23 886 566 84 0 61 106 11 251 342 497 15 652 779 87 8 3 14278 11 451 68 88 (5000) 73 (3000) 883 304 11045 89 125 384 406 25 (3000) 94 659 652 75 75 690 95 788 18017 390 91 824 92 221 614 696 40 49 85 13000 101 689 937 14006 174 208 343 517 621 814 8 92 15000 75 87 97 119 26 61 291 118 48 505 (5000) 3 9 5 70 5 928 40 10078 169 77 239 66 (3000) 301 613 708 56 9 825 15000 58 17 24 49 133 41 290 14 443 62 328 874 293 18124 39 2 8 22 625 51 803 19045 1 1 9 3 6 80 28 46 32 09 48 95 30011 42 67 137 46 82 255 328 49 561 87 764 91 823 35 (3000) 81 957 10109 33 97 124 304 44 747 (5000) 732 845 220 99 110 89 425 563 89 675 92 762 850 74 947 23074 (15000) 234 48 59 479 574 607 55 815 954 24032 172 93 (5000) 99 331 517 720 29 (15000) 25091 89 650 9 87 99 638 98 747 (5000) 807 905 24929 72 172 280 324 555 874 977 270 3 69 65 103 39 51 204 13 56 58 347 44 63 55 (3000) 75 660 827 94 217 88000 208 98 427 553 (15000) 667 98 705 8 824 938 96 29047 171 267 91 346 85 93 609 85 903 |
|--|

währen nicht, daß die Ausbeutung gegenüber der Herrschaft der Arbeit sei, daß also mit der Ausbeutung auch der staatliche Zwang aufhöre.

Dr. Friedländer erklärte, nur auf die Hauptpunkte ein-gehen zu können. Das Geld sei an sich unerschädlich. Jener Mann, der das Geld für die Ursache der Sklaverei gehalten habe („denn mit dem Gelde kauft man eben die Sklaven“), sei doch recht naiv gewesen und man sollte nicht den nämlichen Fehler machen wie er. Das Geld sei harmlos, wenn man erstens damit nicht Privatguthum an Grund und Boden oder an beweglichen Produktionsmitteln kaufen könne und wenn zweitens der Staat den Zins aus dem Beihapital nicht erlaube, also sich nicht zum Grafen hergäbe. Jedem der Betrag seiner Arbeit, das sei Naturrecht, Recht nicht im Sinne des heutigen Gesetzes, sondern im sittlichen Sinne. Der Staat stehe nicht auf der Seite des Rechts. Aber gerade die Sozialdemokraten dürften nicht vergessen, daß Macht und Recht weit verschiedene Dinge seien, und sie müßten das Recht vertreten.

Ruff forderte Jägenau auf, sich aus Morgun und Engels darüber zu informieren, daß die politische Herrschaft die Ursache der ökonomischen Ausbeutung, z. B. der Sklaverei sei.

Jahn ging nochmals auf die Gruppen mit selbständigem Eigentum an den Arbeitsmitteln ein. Das Geld habe doch ein

| |
|---|
| 210 300 (5000) 15 480 552 811 922 94375 405 82 33 681 (50000) 710 33 95 923 95117 75 376 454 57 62 85 629 735 45 889 90032 74 81 188 208 325 632 63 925 97051 (15000) 115 (15000) 79 91 224 40319 97 (15000) 556 631 732 87 892 2 939 49 90806 46 (5000) 146 219 66 419 85 826 (5000) 29 48 82 708 58 875 90002 378 563 (5000) 65 57 708 17 820 |
|---|

